

FIR DECH FIR MUER ELO!



**UNSER WAHLPROGRAMM
FÜR EUROPA**

déi
gréng

Europawahlprogramm 2024

Präambel	2
A. Eine starke europäische Wirtschaft die allen dient	4
1. Wohlstand nachhaltig absichern.....	4
2. Ein Europa der sozialen Rechte.....	9
3. Digitalisierung, die den Menschen berücksichtigt.....	12
4. Starker Verbraucherschutz.....	14
B. Für uns alle: Ein zeitgemäßer Klima- und Umweltschutz	16
1. Klimaneutralität sozial und bürgernah.....	17
2. Erschwingliche, nachhaltige Mobilität für alle.....	21
3. Naturschutz und Ressourcenschutz.....	24
4. Eine krisenfeste Gesundheitsunion.....	28
5. Gesundes Essen zu fairen Preisen.....	30
6. Tiere angemessen schützen.....	33
C. Ein demokratisches, inklusives Europa der Menschenrechte	35
1. Die Verteidigung der Grundrechte und des Rechtsstaates.....	35
2. Eine inklusive europäische Gesellschaft.....	38
3. Europa zusammenbringen mit Bildung und Kultur.....	41
4. Institutionelle Reformen für ein besseres Europa.....	43
D. Eine Union, des Friedens, der Sicherheit und der globalen Gerechtigkeit	46
1. Ein fairer und nachhaltiger internationaler Handel.....	47
2. Eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik.....	49
3. Europa und seine Verantwortung in der Welt.....	51
4. Sicherheitspolitik: Gemeinsam gegen Kriminalität und Terror.....	54

Präambel

Liebe Wähler*innen, am 9. Juni 2024 ist es wieder soweit: mit ihrer Stimme können sie über die Orientierung der europäischen Politik der nächsten fünf Jahre entscheiden.

Die letzten fünf Jahre waren mit die turbulentesten seit der Gründung unserer europäischen Gemeinschaft. Viele Selbstverständlichkeiten und Errungenschaften unseres gemeinsamen Friedens- und Wohlstandsprojektes wurden durch schnell aufeinanderfolgende und sich überschneidende Krisen in Frage gestellt.

Wir mussten zum ersten Mal einen Mitgliedstaat verabschieden. Der tatsächliche Austritt Großbritanniens verdeutlichte, dass die EU-Mitgliedschaft keine einmalige und unumkehrbare, sondern eine kontinuierliche, bewusste Entscheidung ist: Wir dürfen uns immer wieder neu entscheiden, Teil dieses einzigartigen Projektes zu bleiben. In einer Zeit, in der die großen Herausforderungen keine Grenzen kennen, garantiert eine starke EU unserem kleinen Land nicht nur Wohlstand, sondern auch Sicherheit und Stabilität. Wir stehen deswegen für ein starkes und geeintes Europa der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, partizipativen Demokratie und Nachhaltigkeit. Doch noch ist unsere Union nicht krisenfest.

Die globale COVID-19 Pandemie traf auch uns mit voller Wucht und stellte die europäische Gesellschaft auf den Kopf. Grenzkontrollen und gar -schließungen, sogar innerhalb des Schengener Raumes, negierten das Prinzip des Binnenmarktes und das fundamentale Recht aller Europäer*innen sich frei innerhalb der Union bewegen zu können. Überlastete Gesundheitssysteme kämpften tapfer gegen die unsichtbare Bedrohung. Lieferketten wurden unterbrochen, die Wirtschaft verlangsamt und der soziale Zusammenhalt auf die Probe gestellt. Nach einigem Hadern schafften wir es gemeinsam, Lösungsansätze zu erarbeiten und zur Solidarität zurückzufinden: Ohne die europäische Impfstoffstrategie und Konjunkturpakete hätten wir die Pandemie viel schlechter überstanden. Und doch hinterließ sie langfristige wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Folgen. Wir müssen die richtigen Lektionen aus dieser Zeit ziehen, um in Zukunft besser vorbereitet zu sein.

Als die europäische Bevölkerung Anfang 2022 wieder aufatmete, erfolgte der nächste Schlag. Zum ersten Mal seit über 25 Jahren ist auf unserem Kontinent wieder ein offener Krieg von großem Ausmaß ausgebrochen. Der russische Angriff auf die Ukraine an unserer Außengrenze hat uns als Union erschüttert und die EU-Staaten aus ihrem bisherigen geopolitischen Schlummer wachgerüttelt. Die Abhängigkeit von fossilen Energien und autokratischen Produzentenstaaten wurden unübersehbar. Frieden und Sicherheit sind auch auf unserem Kontinent keine Selbstverständlichkeit und müssen stets wachsam und entschieden verteidigt werden.

Schnell wurde klar, dass der russische Angriffskrieg tiefgreifende, spürbare Folgen für die europäische Wirtschaft haben würde. Das längst überfällige Ersetzen russischer Gas- und Ölimporte führte zu einer Aufwärtsspirale unbezahlbarer Energiepreise, was wiederum eine langfristige Inflationstendenz auf dem gesamten europäischen Markt anstieß. Die Kaufkraft der Europäer*innen schrumpft insgesamt und das Armutsrisiko steigt vielerorts. Zur gleichen Zeit profitieren Großunternehmen und Multimilliardäre von dem wirtschaftlichen Tumult. Die stets größer werdende Schere zwischen Arm und Reich bedroht den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und fördert rechtspopulistische Tendenzen in ganz Europa. Soziale Gerechtigkeit muss zur Kernfrage Europas werden. Nur eine bessere Verteilung des Wohlstands kann langfristig Frieden und Sicherheit wahren.

Die COVID-19 Pandemie und der Krieg in der Ukraine sind akute, neuartige Krisen, mit denen wir uns als Union befassen müssen. Auch wenn sie durch diese neuen Herausforderungen etwas in den Hintergrund gerutscht sind, haben sich die Klimakrise und das große Artensterben weiter verstärkt. Wenn wir unsere natürliche Lebensgrundlage langfristig sichern wollen, müssen wir deswegen weiter an einem nachhaltigeren Europa arbeiten.

Im Kontext der durch Russland provozierten Energiekrise fand die Notwendigkeit des Ausbaus nachhaltiger, erneuerbarer Energien weitreichende politische Anerkennung als eine Frage der Autonomie und Sicherheit unseres Kontinentes: nachhaltiger, sicherer, günstiger. Diese Krise verdeutlichte anhand des Beispiels Energie, dass Klima- und Umweltschutzmaßnahmen Win-Win-Situationen schaffen können, und dies auch müssen, um gesellschaftliche Akzeptanz zu finden.

Wir bleiben uns treu und setzen uns weiter für Klimaschutz und eine gesunde und widerstandsfähige Umwelt ein. Ein Europäischer Green Deal mit starken Zielen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss in die nächste Phase eintreten: ein sozialer Green Deal, der den europäischen Wohlstand nachhaltig sichert und dabei niemanden auf der Strecke lässt. In diesem Sinne müssen wir strategisch in die klimaneutrale Modernisierung der europäischen Wirtschaft investieren, um so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu sichern und das Fundament für gute Arbeitsplätze, faire Löhne und eine gedeihende europäische Gesellschaft zu legen.

In diesem Wahlprogramm präsentieren wir Ihnen konkrete Maßnahmen für ein nachhaltiges, soziales und wirtschaftlich starkes Europa. Dies ist unser Engagement für eine lebenswerte Zukunft in Europa und Luxemburg.

A. Eine starke europäische Wirtschaft die allen dient

Die Europäische Union ist nach China und den USA die drittgrößte Wirtschaft der Welt. Die EU behält somit, trotz der rasanten Entwicklung von Schwellenländern wie China und Indien, eine wichtige internationale Stellung. Ohne den Aufbau des europäischen Binnenmarktes und den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital wäre dies nicht möglich gewesen – ein Binnenmarkt, von dem vor allem ein kleines und offenes Land wie Luxemburg enorm profitiert. Es gilt demnach, diese Errungenschaft zu verteidigen und zu vertiefen.

Die Stärke des Binnenmarkts ist aber auch eine Chance, um eine starke, soziale und nachhaltige europäische Wirtschaft im Sinne aller zu schaffen. Einen EU-Binnenmarkt, der gute Arbeitsplätze mit guten Löhnen für die Zukunft absichert und Armut verhindert. Eine Wirtschaftsunion, die Champion in Sachen Klima- und Umweltschutz ist und in diesen Bereichen internationale Standards setzt. Eine Union, die Innovation fördert und bei neuen Technologien Vorreiter ist. Also eine EU-Wirtschaft, die allen Menschen dient.

1. Wohlstand nachhaltig absichern

Um den Wohlstand in Europa langfristig und nachhaltig zu sichern, brauchen wir eine europäische Wirtschaftspolitik, die sich nach kleinen und mittleren Unternehmen und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft richtet. Wir setzen uns für eine nachhaltige Reindustrialisierung, faire Steuerregeln und ein verantwortungsbewusstes Finanzwesen ein. Mit der Investition in die klimaneutrale Modernisierung der europäischen Wirtschaft sichern wir die Autonomie unseres Kontinents, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen.

Zukunftsinvestitionen

Der Umbau der europäischen Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität, Unabhängigkeit und Resilienz erfordert massive öffentliche sowie private Investitionen. Wir wollen daher über die nächsten Jahre ein breites Investitionsprogramm in erneuerbare Energien und Energienetze, nachhaltige grenzüberschreitende Mobilität, grüne Industrie, Abfallvermeidung und Digitalisierung umsetzen. Es gilt, seitens der wirtschaftlichen Akteure den richtigen Rahmen für

Zukunftsinvestitionen zu setzen. Somit sichern wir Wohlstand ab, schützen unseren Planeten und machen uns als Europäische Union unabhängiger von autokratischen Regimen.

Die CSR-Richtlinie und die Taxonomie setzen die Rahmenbedingungen, um eine breite, grüne Investitionsstrategie in Richtung Dekarbonisierung zu ermöglichen. Wir müssen nun Finanzprodukte wie grüne Darlehen für Unternehmen und Einzelpersonen entwickeln und fördern, die entscheidend sind, um Investitionen in Richtung Dekarbonisierung zu lenken.

Der nötige Umbau der Wirtschaft ermöglicht es der Politik, richtungsweisend und einflussreich zu begleiten. Die Wirtschaft wartet auf Gelegenheiten, um in diesen Umbau zu investieren. Investitionen, die ökologisch nachhaltig sind oder dem Umweltschutz dienen, sollen in den Haushaltsregeln der Mitgliedstaaten einen besonderen Status erhalten und Ausnahme zum Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) zulassen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) finanziert lediglich einen geringen Anteil der jährlich 1.500 Milliarden Euro, die benötigt werden, um bis 2050 die europäische Wirtschaft zu dekarbonisieren. Trotzdem muss gerade dieser wichtige Ankerinvestor endlich auf schnelle und sofort verlässliche Finanzierung ausgerichtet werden. Die Europäische Zentralbank (EZB) hingegen muss, neben der Gewährleistung der Preisstabilität und Unterstützungsrolle für die geldpolitische Entscheidungsfindung, beim Ankauf von Staatsanleihen grüne Bonds bevorzugen.

Um auch private Zukunftsinvestitionen zu fördern, setzen wir uns für einen modernen Rechtsrahmen der EU-Staatsbeihilferegeln ein, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Unternehmen anhand von Subventionen gezielt und effektiv beim Umstieg auf Klimaneutralität, Umwelt- und Naturschutz, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung zu unterstützen. Es gilt, den Unternehmen hierbei Planungssicherheit zu gewähren und Zukunftstechnologien gezielt, schnell und unbürokratisch zu fördern.

Die EU hat sich in den letzten Jahren neue, eigene Finanzierungsquellen aufgebaut sowie Schulden aufgenommen, um wichtige Ausgaben und Investitionen zu tätigen. Angesichts der EU-weiten Herausforderungen, vor denen wir stehen, werden wir die Eigenmittel der EU in Zukunft weiter stärken.

Die Schaffung eines "Green Transition Fund" dient dazu, grüne Infrastrukturprojekte wie den Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Energienetzen und erneuerbaren Energien zu finanzieren. Des Weiteren soll dieser Fonds mit 1% des jährlichen EU-BIP, 2022 entspräche dies einer Summe von ungefähr 160 Milliarden €, die grüne Reindustrialisierung Europas unterstützen.

Grüne Reindustrialisierung Europas

Wir streben eine grüne Reindustrialisierung Europas an. Mit dem Aufbau von klimafreundlicher Industrie leisten wir nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise, es ist auch eine enorme Chance für gut bezahlte Jobs und Wohlstand in ganz Europa.

Andere wichtige Wirtschaftsräume, wie z.B. die USA mit dem Inflation Reduction Act, verfügen bereits über einen attraktiven Rahmen für die Ansiedlung von Produktionsstätten von Zukunftstechnologien. Europa muss sich diesem Wettbewerb stellen. Deshalb wollen wir den derzeit zu komplexen Förderrahmen überwinden und vereinfachen und somit dafür sorgen, dass die Innovation der Zukunft in Europa erdacht und produziert wird. Wir werden in diesem Sinne EU-weite Förder- und Anreizprogramme für Zukunftstechnologien u.a. in den Bereichen Mikrochip-Produktion, erneuerbare Energien, Wasserstoffproduktion und nachhaltige Mobilität schaffen und ausbauen.

Innerhalb des “Green Transition Fund” werden wir Gelder mobilisieren, um gerade jene strukturschwächeren Regionen und Mitgliedstaaten zu unterstützen, die besonders von Deindustrialisierung betroffen sind.

Nur durch eine gedeihende europäische Industrie können wir starke Abhängigkeiten von Drittländern verringern und so die strategische Autonomie Europas sichern. Mit einer europäischen Strategie für die Rückverlagerung wichtiger Produktionsbereiche und die Diversifizierung der Lieferketten essenzieller Produkte wollen wir Europa nicht nur nachhaltiger, sondern auch stärker und widerstandsfähiger machen. Zu den essenziellen Produktionsbereichen gehören z.B. Energie oder auch Medikamente.

Kreislaufwirtschaft fördern

Unser heutiges lineares Wirtschaftsmodell ist nicht zukunftsfähig. Es ist nicht effizient, gefährdet Umwelt sowie Menschenrechte und kommt uns mittel- bis langfristig teuer zu stehen. Es macht uns auch abhängig von Importen und krisenanfälligen Lieferketten. Wir werden daher die Transition in Richtung einer Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen wiederverwendet und nicht als Abfall verstanden werden, massiv beschleunigen.

Wir wollen bis 2040 eine vollständig erneuerbare, zirkuläre und giftfreie Wirtschaft aufbauen, mit klaren und verbindlichen Zwischenzielen, um die Nutzung und den Verbrauch von Ressourcen bis 2030 zu reduzieren.

Unsere Vision ist eine vollständige Kreislaufwirtschaft, in der wir unsere Produkte wiederverwenden, upcyclen, teilen und recyceln, um die Materialien in einem geschlossenen Kreislauf zu halten. Dieser Ansatz schützt Ressourcen und das Klima und spart Verbraucher*innen

Geld, da die Produkte länger halten. Wir wollen außerdem Bildungsangebote für ein verantwortungsvolles und nachhaltiges Konsumverhalten ausbauen. Umwelt- und Verbraucherschutz gehen Hand in Hand.

Als Grüne werden wir uns für die schnelle Umsetzung der verbindlichen Nachhaltigkeitsanforderungen für Produkte einsetzen, sowie für EU-weite Maßnahmen, um die Einhaltung durch die Industrie sicherzustellen.

Wir werden gegen die geplante Obsoleszenz vorgehen, die sowohl dem Planeten als auch dem Portemonnaie schadet. Die Mindestgarantie werden wir demnächst ausweiten. Wir werden für ein wirksames und erschwingliches Recht auf Reparatur sorgen. Mit einem EU-weiten Reparatur-Label sorgen wir für eine verbesserte Transparenz für die Verbraucher*innen. Wir unterstützen zudem die Schaffung eines Binnenmarktes für Gebrauchsgüter und Aufarbeitung.

In der Vergangenheit floss ein Großteil der EU-Mittel für Kreislaufwirtschaft in die Abfallbewirtschaftung statt in die Abfallvermeidung. Wir werden EU-Mittel deshalb gezielt dafür einsetzen, um kreislaufförderndes Design von Produkten zu fördern und somit Abfall zu vermeiden.

Faire Steuerregeln

Europa braucht ein Steuersystem, das Nachhaltigkeit belohnt, Armut verhindert, soziale Gerechtigkeit sicherstellt und gleichzeitig die Finanzierung von wichtigen staatlichen Dienstleistungen und Investitionen sicherstellt. Darüber hinaus gilt es, eine gerechte Verteilung der Steuerlast zu garantieren.

Das heißt, dass auch Menschen mit sehr hohem Vermögen sowie große multinationale Unternehmen ihren fairen Beitrag leisten müssen. Wir werden deshalb Steuerschlupflöcher stopfen und eine konsequente Umsetzung und Verbesserung der Mindestbesteuerung von Unternehmen durchsetzen. Auf EU-Ebene werden wir uns für eine Anhebung der Mindestbesteuerung von multinationalen Unternehmen einsetzen. Außerdem setzen wir uns für eine EU-weite Vermögenssteuer für sehr hohe Vermögen ein, mit entsprechenden Freibeträgen. Die somit erschlossenen zusätzlichen Einnahmen werden für Investitionen in Armutsbekämpfung, Infrastruktur und Klimaschutz genutzt.

Um die Steuertransparenz zu stärken, werden wir die Richtlinie zur öffentlichen länderbezogenen Steuerberichterstattung von großen multinationalen Unternehmen evaluieren und verbessern.

Um den Klimaschutz voranzubringen, werden wir den Emissionszertifikatehandel ausweiten und verbessern. Im Sinne einer größeren Ressourceneffizienz werden wir die Mitgliedstaaten dazu ermutigen, die Plastiksteuer effizienter umzusetzen, mit dem Ziel, Plastikmüll zu reduzieren.

Nachhaltige Finanzwirtschaft und Bankenwesen

Um Greenwashing in der Finanzwirtschaft zu bekämpfen, bedarf es einer adäquaten Regulierung samt klaren europaweiten Kriterien. Mit der Einführung der Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten wurde prinzipiell ein wichtiger Schritt gemacht. Wir werden die als nachhaltig gekennzeichneten Aktivitäten der Taxonomie evaluieren und Gas- sowie Atomenergie nicht weiter als nachhaltige Aktivitäten anerkennen.

Wir werden die Attraktivität von Finanzdienstleistungen im Bereich der fossilen Energien reduzieren. Um gegen Greenwashing vorzugehen, werden wir die europäischen Finanzaufsichten stärken sowie ein europäisches Label für nachhaltige Anlagen einführen.

Wir werden die Finanzakteure dazu verpflichten, die Inhalte ihrer Produkte transparent offenzulegen sowie Klimatransitionspläne aufzustellen und umzusetzen.

Wir setzen uns ein für die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion samt gemeinsamem Einlagensicherungssystem. Somit entgegnen wir der Vergemeinschaftung der Risiken im Falle einer Finanzkrise. Es kann nicht mehr vorkommen, dass wie 2009, die europäischen Steuerzahler*innen für risikoreiches Zocken von großen Finanzinstituten aufkommen müssen.

Wir werden Kryptowährungen regulieren und der neuen Europäischen Anti-Geldwäschebehörde (AMLA) die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, um Handel mit Kryptowährungen besser zu beleuchten und konsequent gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorzugehen. Gleichzeitig muss die Regulierungsstrategie aber auch flexibel und offen genug sein, um Innovationen zu fördern, die das Finanzsystem modernisieren und demokratisieren können.

Wir unterstützen die Einführung eines digitalen Euro im Sinne der Digitalisierung und werden Bargeld beibehalten.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-Ups

Starke kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Deshalb werden wir diese stärken und bei der Transition in Richtung eines nachhaltigen, sozialen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftens begleiten und unterstützen.

Darüber hinaus werden wir KMUs den Zugang zu EU-Finanzierungs- und Investitionsprogrammen durch vereinfachte Antragsverfahren erleichtern und prüfen, inwiefern bürokratieintensive Regulierungen, die nicht mehr zeitgemäß sind und besonders für KMUs eine starke Belastung darstellen, reformiert bzw. abgeschafft werden können.

Der gemeinsame Binnenmarkt ist eine der wichtigsten Errungenschaften der EU. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren davon, wenn auf diesem Markt ein fairer Wettbewerb herrscht. Deshalb werden wir uns für einen fairen Wettbewerb einsetzen und das EU-Wettbewerbsrecht dementsprechend weiter verbessern.

Um die Innovation auf unserem Kontinent zu fördern, wollen wir eine europaweite Strategie zugunsten von Start-Ups auf den Weg bringen, mit dem Ziel, einen attraktiven Rahmen für Gründer*innen in der gesamten EU zu schaffen, z.B. mit verbindlichen Mindestanforderungen, die jedes Land erfüllen muss. Darüber hinaus wollen wir für eine bessere EU-weite Vernetzung von Gründer*innen und potenziellen Investor*innen sorgen. Denn Innovation und Unternehmertum dürfen nicht an innereuropäischen Grenzen haltmachen.

2. Ein Europa der sozialen Rechte

Unser Grüner und Sozialer Deal stellt Menschen und ihr Wohlergehen ins Zentrum der grünen Transformation und der europäischen Wirtschaft. Wir wollen die sozialen Rechte in Europa schützen und erweitern. Ein Europa der sozialen Rechte muss Arbeitnehmer*innen und Gemeinschaften stärken und schützen und für alle inklusiv sein.

Kampf gegen Armut und Prävention umfassend angehen

Jeder hat das Recht auf ein angemessenes Einkommen. Das höhere Armutsrisiko von Menschen, die aufgrund ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung und/oder Geschlechtsidentität, ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder einer Behinderung täglich mit mehrfacher und ineinandergreifender Diskriminierung konfrontiert sind, muss in diesem Kontext verstärkt bekämpft werden.

Ein starkes soziales Sicherheitsnetz sollte alle Menschen in Beschäftigungsübergängen und diejenigen, die nicht arbeiten können, schützen. Wir werden eine EU-Rahmenrichtlinie über Mindesteinkommen umsetzen, um in jedem EU-Land eine angemessene Unterstützung (60% des Medianlohns) für Menschen zwischen Jobs oder die nicht arbeiten können, festzulegen.

Das temporäre EU-Programm SURE (2020-2022), zur Unterstützung bei der Minderung von Arbeitsloskeitsrisiken in einer Notlage, werden wir als dauerhaftes Programm etablieren, um den Lebensunterhalt von Arbeitnehmer*innen, die sich in einer Transition von einem Job zum nächsten befinden, zu garantieren. Wir setzen uns weiterhin ein für eine integrierte Strategie zur Armutsbekämpfung in der EU, um Obdachlosigkeit zu beenden und die Kinderarmut bis 2030 zu halbieren.

Gleiche Chancen von Anfang an

Da der Start ins Leben entscheidend ist, werden wir angemessene Mittel für die europäische Kindergrundsicherung umsetzen, die Eltern Zeit für die Betreuung und die nötigen finanziellen Ressourcen gibt. Gleichzeitig möchten wir die Teilnahme der Eltern am Arbeitsmarkt unterstützen. Alle Kinder haben das Recht auf Teilnahme an Spiel, Erholung, Sport und Kultur.

Alle Kinder in der EU sollten garantierten Zugang zu hochwertiger Betreuung und Bildung haben - unabhängig von ihrem Pass. Wir möchten mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die dringend benötigte Investition in Bildungs- und Betreuungsinfrastrukturen endlich anzugehen. Die bisherige Jugendstrategie läuft 2027 aus, eine neue Strategie, welche die Bedürfnisse und das Potential junger Europäer*innen in den Mittelpunkt stellt, soll in den kommenden Jahren im engen Austausch mit den europäischen Jugendverbänden erarbeitet und umgesetzt werden.

Qualitative Arbeitsplätze für alle

Jede*r Europäer*in soll von seinem Lohn leben können. Besonders nach Jahren steigender Preise ist dies allerdings derzeit nicht immer und überall der Fall. Wir kämpfen deshalb dafür, die Arbeitsarmut in Europa zu beenden. In der letzten Amtszeit wurde ein EU-weiter Rahmen für einen existenzsichernden Mindestlohn erreicht, der Mindestlöhne auf angemessenem Niveau festlegt und an die Lebenshaltungskosten anpasst. Wir haben Maßnahmen zur Lohntransparenz durchgesetzt, die dazu beitragen werden, die erheblichen Lohnunterschiede innerhalb von Unternehmen und Institutionen zu beenden. Auf die vollständige Umsetzung dieser Maßnahmen werden wir besonders achten.

Die Arbeitsplätze in Schlüsselbereichen der Zukunft müssen gut bezahlte, attraktive Arbeitsplätze sein. Wir unterstützen die Rolle der Gewerkschaften um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer*innen ein Mitspracherecht und einen gerechten Anteil am Gewinn erhalten. Unsere Steuervorschläge werden das Nettoeinkommen von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen erhöhen. Gleichzeitig wird im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit die Steuerlast auf Umweltverschmutzer*innen und die Ultra-Reichen verlagert.

Wir setzen uns für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit ein, sowie zugunsten von gleichen Chancen für alle am Arbeitsplatz. Es ist längst überfällig, den EU-weiten Gender Pay Gap durch verbindliche Maßnahmen zu beseitigen. Universeller Zugang zu Kinderbetreuung sowie die Überarbeitung der Work-Life-Balance-Richtlinie und der Mutterschaftsrichtlinie sind weitere Baustellen, denen wir uns widmen werden.

Arbeitnehmer*innen stärken

Unser Grüner und Sozialer Deal schützt Arbeitnehmer*innen und ihre Rechte. Wir wollen eine Union aufbauen, in der Menschen angemessen behandelt und für ihre Arbeit bezahlt werden. Es sollte nichts über Arbeitnehmer*innen ohne Arbeitnehmer*innen entschieden werden.

Wir werden uns für das Recht der Gewerkschaften auf Mitsprache bei der Organisation der Arbeitswelt, Tarifverhandlungen und Streik einsetzen. Arbeitnehmer*innen, die von der doppelten grünen und digitalen Transformation betroffen sind, sollten garantierte Rechte auf Information, Beteiligung durch Tarifverhandlungen und sozialen Dialog sowie Schulungen bekommen. Die Gewerkschaftsbildung für neue oder nicht-standardmäßige Arbeitsformen sollte unterstützt werden, um die Rechte aller Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten. Diese Rechte und Standards sollten durch ein Gesetz für eine gerechte Transition geschützt werden.

Wir setzen uns für eine Richtlinie für lebenslanges Lernen ein, mit der das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub garantiert wird.

Neue Rechte in der Arbeitswelt der Zukunft

Arbeit muss unter anständigen Bedingungen und in sicheren Umgebungen stattfinden. Das gilt auch für Praktikant*innen und Auszubildende. Wir werden die Praxis unbezahlter Praktika EU-weit beenden, damit jungen Menschen angemessene Bezahlung und sichere Arbeitsbedingungen garantiert sind. Wir wollen Systeme, die den Schutz der Praktikant*innen und Auszubildende vor ihrer Ausbeutung ausbauen. Mobile Arbeit und die Entsendung von Arbeitnehmer*innen sollten angemessen reguliert werden.

Maßnahmen zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz müssen an die Realität der Klimakrise angepasst und durchgesetzt werden, wie beispielsweise Regelungen zum Schutz vor Hitzewellen am Arbeitsplatz. Überarbeitung führt zu Stress und Krankheit. Wir werden Maßnahmen einführen, die die Arbeitszeit reduzieren und das Gleichgewicht zwischen Arbeit und Leben verbessern, einschließlich eines EU-Rechts auf Abschalten, Recht auf Fernarbeit und mehr Flexibilität bei den Arbeitszeiten. Wir unterstützen die Bemühungen in den Bereichen, in denen es möglich und

sinnvoll ist, alternative Arbeitszeitmodelle einzuführen, wie zum Beispiel Teilzeitmodelle oder eine Vier-Tage-Woche.

Wir setzen uns für eine Gesetzgebung ein, die Plattformarbeitende als Arbeitnehmer*innen anerkennt und ihnen alle Rechte auf Mindestlöhne, Tarifverhandlungen und arbeitsrechtlichen Schutz gewährt, die ihnen gesetzlich zustehen. Wir werden zudem nicht zulassen, dass Arbeitnehmer*innen durch auf KI basierende Überwachungsinstrumente überwacht oder bewertet werden.

3. Digitalisierung, die den Menschen berücksichtigt

Digitale Technologien sind ein immer wichtigerer Teil unseres Lebens. Die Digitalisierung bietet innovative Lösungen für entscheidende Herausforderungen unserer Zeit und verspricht viel Fortschritt in Bereichen wie Mobilität und Verkehrssicherheit, Bildung, Gesundheit und Energie. Sie birgt unheimliches Potential für wirtschaftliche Entwicklung und vereinfachte Verwaltungsprozesse, sowohl für Behörden, wie für Unternehmen und Bürger*innen. Genauso birgt sie jedoch eine Reihe von Gefahren, die nur auf europäischer Ebene angegangen werden können.

Europäische Werte gelten auch online

Gefangen zwischen den Digitalisierungsmodellen des amerikanischen Überwachungskapitalismus und der staatlichen Kontrolle wie in China, braucht Europa eine auf Rechten basierende, dezentrale Digitalisierung, um deren Vorteile zu nutzen, ohne unsere Grundrechte und unsere Demokratien in Gefahr zu bringen.

Wir wollen Europas digitale Souveränität sichern, stärken und ausbauen. Wir werden einen europäischen Datenraum einführen, der anonymisierte Daten für nicht-kommerzielle Zwecke öffnet, die dem Gemeinwohl dienen, einschließlich des Kampfes gegen die Klimakrise.

Die jüngsten EU-Rechtsvorschriften zu digitalen Diensten werden für mehr Auswahl und Transparenz im Internet sorgen und ermöglichen es uns, gegen Verletzungen von Rechten und Freiheiten im Netz vorzugehen. Große Digitalunternehmen, die auf dem Binnenmarkt präsent sein wollen, müssen sich diesen Regeln fügen. Wir werden zudem ein Gesetz zur digitalen Fairness einführen, um Nutzer*innen vor aufdringlichen Online-Werbepraktiken zu schützen.

Künstliche Intelligenz (KI) einrahmen

Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz stellen eine riesige Chance

für viele Lebensbereiche dar. Sie kann dem Menschen dienen, unser Leben vereinfachen und unseren Wohlstand mehren. Sie kann auch Prozesse in Alltag, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft verändern und vereinfachen. Moderne KI-gestützte Verfahren können zum Beispiel Forschungsprozesse beschleunigen oder dabei helfen, den Einsatz von Pestiziden zu verringern.

Künstliche Intelligenz, die wohl größte technologische Revolution seit der Erfindung des Internets, muss jedoch mit Weitsicht rechtlich eingerahmt werden. Schon jetzt stellt sie unsere Gesellschaft vor neuartige Herausforderungen: die Beispiele reichen hier von Lehrpersonal, das vor dem weit verbreiteten Einsatz von künstlicher Intelligenz statt eigenem Hirnschmalz der Schüler*innen warnt, bis hin zu Feststellungen von Vorurteilen und verzerrten Ansichten von Nutzer*innen, die die KI-Tools übernehmen und wiedergeben.

Neue Technologien müssen stets nach unseren gemeinsamen Werten eingesetzt werden, d.h. sie müssen Transparenz und Einhaltung der Grundrechte gewährleisten. Mit dem KI-Gesetz macht Europa einen großen Schritt in diese Richtung. Wir werden für eine achtsame Umsetzung dieses Gesetzes sorgen und uns für die Einrichtung eines globalen Rahmens zur Künstlichen Intelligenz einsetzen.

Digitalisierung ökologisch gestalten

Auch die digitale Welt hat einen Fußabdruck und dieser wächst seit Jahren unkontrolliert. Die Grundlage für eine nachhaltige Digitalisierung bildet eine robuste und umweltfreundliche Infrastruktur – von Breitbandnetzen bis zu Rechenzentren.

Neben der Wiederverwendung und dem Recycling digitaler Geräte werden wir den Energieverbrauch im Zusammenhang mit der Datenverarbeitung und Kryptowährungen durch eine Verordnung senken, um den materiellen Impact des Internets massiv zu verringern.

Durch datensparsame und nachhaltige Lösungen sowie durch die Förderung von Open-Source-Lösungen möchten wir europäische Unternehmen hervorheben und ökologische Standards in der Informationstechnologie (IT) etablieren. Ein Digital Sustainability Act soll diese Nachhaltigkeitsstandards für die IT-Branche setzen.

Sicherheit im Netz

Wir begrüßen das 2022 im EU-Parlament gestimmte Digital Services Act, welches der Bekämpfung von Hassrede und der Verbreitung von schädlichen Falschinformationen dient. Allerdings bezweifeln wir die Durchsetzungskraft der DSA, da sie den großen sozialen Medien nicht vorschreibt, Moderator*innen einzustellen, die über Sprachkenntnissen, aller der in der EU gängigen Sprachen, verfügen. Damit Hassrede und Falschinformationen auf Luxemburgisch und

anderen, von nicht so vielen Bürger*innen benutzte Sprachen, auch von der DSA erfasst werden, wollen wir, dass die großen sozialen Netzwerke, Moderator*innen mit den erforderlichen Sprachkenntnissen einstellen müssen.

Das Recht auf eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung. Initiativen wie die sogenannte Chatkontrolle sind deswegen grundsätzlich abzulehnen.

4. Starker Verbraucherschutz

Starker Verbraucherschutz ist einer der Haupterfolge der Europäischen Union. Wir haben uns als europäische Verbraucher*innen schnell an verlässliche Produktsicherheit, Roaming-Rechte und verbesserte Fahrgastrechte in ganz Europa gewöhnt. Da sich die Wirtschaft jedoch schnell verändert, müssen die hohen Standards der EU dringend aktualisiert werden.

Gut für Geldbeutel und Umwelt

Wir haben in den letzten Jahren erfolgreich für mehr Verbraucherschutz gekämpft. Verbraucherschutzmaßnahmen haben ein Win-Win-Potenzial, wenn sie sowohl den Geldbeutel als auch die natürlichen Ressourcen schonen.

Ein einheitliches Ladekabel für mobile Geräte wird den Verbraucher*innen das Leben erleichtern und zugleich die Kreislaufwirtschaft fördern und Elektroabfall reduzieren. Wir streben an, diese Maßnahme auf alle digitalen Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader und Kopfhörer auszuweiten.

Das verbindliche Ökodesign, welches Haltbarkeit, Reparierbarkeit und Umweltverträglichkeit integriert, bietet Verbraucher*innen bessere und im Endeffekt günstigere Produkte. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der im letzten Mandat überarbeiteten Ökodesign-Regelung ein, um relevante Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel und Kleidung schnell einzubeziehen.

Wir haben hart und mit Erfolg für ein europäisches “Right to Repair” gekämpft, nun werden wir auf eine rasche Umsetzung achten. Das Recht auf Reparatur soll den Verbraucher*innen langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen für defekte Produkte wie Handyakkus, Drucker oder Staubsauger sichern.

Fahrgastrechte garantieren

Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar sein. Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden – ganz egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Ein einheitliches europaweites Ticketsystem soll eingeführt werden, um Zugreisen attraktiver zu gestalten und den Planungsaufwand zu reduzieren.

Wir wollen die Fahrgastrechte durchgängig und stärker schützen. Die Entschädigung für Bahnverspätungen sollte entsprechend den Forderungen des Europäischen Parlaments europaweit auf mindestens 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und mindestens 75 Prozent nach 90 Minuten angehoben werden.

Wir werden auch die Rechte der Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von Flugreisen stärken. Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen. Um die Regelungen zur Gepäckmitnahme besser zu gestalten, setzen wir uns für einheitliche Maße für Handgepäck und transparente Preise für Gepäck ein.

Vor Gefahren und Kostenfallen online schützen

Verbraucher*innen sollten online und offline die gleichen Rechte genießen. Mit einem zunehmenden Anteil des Online-Handels steigen auch die Zahlen der Betrugsfälle und potenziell gefährlicher Einkäufe bei Drittanbieter*innen. Wir fordern mehr Verantwortung für Online-Marktplätze, sowie erweiterte und koordinierte Genehmigungs- und Prüfverfahren durch Zoll- und Marktaufsichtsbehörden.

Die Kündigung von Online-Verträgen sollte genauso unkompliziert sein wie der Abschluss. Allerdings haben Verbraucher*innen oft Schwierigkeiten, online abgeschlossene Verträge zu kündigen oder sind unsicher bezüglich des Eingangs und der Rechtssicherheit ihrer Kündigung. Dies führt dazu, dass sie ungewollt in Verträgen bleiben, was schnell zu einer Kostenfalle werden kann. Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, streben wir die Implementierung eines leicht zugänglichen Kündigungsbuttons auf den Webseiten von Unternehmen an.

Wenn es trotz Vorschrift keine klare Kündigungsmöglichkeit gibt, sollen Verträge jederzeit, ohne Einhaltung einer bestimmten Kündigungsfrist, aufgehoben werden können. Wir treten für eine Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein, um den Kund*innen die Kontrolle über ihre Verträge zurückzugeben.

Konsument*innen nicht irreführen

Wir werden dafür sorgen, dass Verbraucher*innen klare und umfassende Informationen über die Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen erhalten, die in der EU verkauft werden, einschließlich Informationen über die erwartete Lebensdauer, den ökologischen Fußabdruck und die Reparatur- beziehungsweise Entsorgungsmöglichkeiten der Produkte.

Wir werden weiterhin jede Art des Greenwashings und andere Arten der Irreführung von Konsument*innen denunzieren und bekämpfen, unabhängig von der Art des Produktes.

Qualitätsversprechen müssen für die ganze EU gelten. Produkte, die in verschiedenen europäischen Ländern auf die gleiche Weise vermarktet werden, müssen von gleicher Qualität und Zusammensetzung sein. Im Binnenmarkt darf es keine Verbraucher*innen erster oder zweiter Klasse geben.

B. Für uns alle: Ein zeitgemäßer Klima- und Umweltschutz

Die Europäische Union muss ihre Emissionen im Einklang mit den wissenschaftlichen Empfehlungen und mit dem Übereinkommen von Paris so schnell wie möglich reduzieren. Dies bedeutet in der Praxis eine Überarbeitung des EU-Klimagesetzes, damit wir bis 2040 vollständige Klimaneutralität erreichen, um die Klimakrise für alle Generationen so weit wie möglich einzudämmen. Mit dem Europäischen Grünen Deal hat die EU in den vergangenen fünf Jahren wichtige Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz eingeführt. Wir begrüßen die erzielten Fortschritte und setzen uns für die Umsetzung der bereits auf den Weg gebrachten Pläne ein. Wir werden uns gegen Versuche wehren, die Initiativen des Green Deals zu verwässern oder rückgängig zu machen.

Ein zeitgemäßer und fairer Klima- und Umweltschutz auf europäischer Ebene braucht Weitsicht, Kohärenz und Feingefühl. Die Europäische Union muss sich in Zukunft viel mehr auf die Verbreitung und Erreichbarkeit von nachhaltigen Alternativen konzentrieren. Wer Zugang zu günstigen erneuerbaren Energien hat, greift auf sie zurück. Wer Zugang zu komfortablen und erschwinglichen Zügen oder öffentlichen Transportmitteln hat, nutzt sie.

Klima und Natur schützen bedeutet auch den Menschen schützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Recht auf eine gesunde und saubere Umwelt in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union aufgenommen wird.

1. Klimaneutralität sozial und bürgernah

Klimaneutralität sichert unsere Lebensgrundlage und führt zu mehr Lebensqualität und Wohlstand. Sie ist aber auch mit Veränderungen und Investitionen verbunden. Veränderungen können Angst machen, vor allem in ungewissen Zeiten. Zudem haben nicht alle Bürger*innen die gleichen Mittel, um auf nachhaltigere Alternativen umzusteigen. Deshalb muss klimaneutral immer auch sozial gerecht heißen.

In der Hinsicht sind wir stolz auf die Erstellung des europäischen Klimasozialfonds, der 2026 anlaufen soll, auch wenn die aktuell geplante Finanzierung lächerlich niedrig ist. Der Fonds kann von Mitgliedstaaten zur finanziellen Unterstützung von Haushalten und Unternehmen in der Transition genutzt werden, zum Beispiel in den Bereichen Energieeffizienz und Mobilität. Damit dieser Geldtopf ein Erfolg sein kann, setzen wir uns weiterhin resolut für ein wesentlich größeres Budget ein. Der Klimasozialfonds soll primär von den großen Verschmutzer*innen und durch Einnahmen aus dem Emissionshandel finanziert werden.

Erneuerbare Energien für eine nachhaltige Zukunft

Der Industrie- und Transportsektor trägt wesentlich zur globalen Erwärmung bei. Die Energiegewinnung aus nachhaltigen Primärformen, wie Sonne und Wind, ist unerlässlich für das klimaneutrale Treibhausgasgleichgewicht. Zusätzlich zu den Herausforderungen, die die Klimakrise mit sich bringt, stellt die Abhängigkeit der EU von Energieimporten ein Risiko für die Union dar. Der russische Angriff der Ukraine hat dies klar verdeutlicht.

Wir sind schon lange davon überzeugt: erneuerbare Energien sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen und blühenden Wirtschaft. Sie sind billiger und sicherer als jede andere Energiequelle und haben der EU-Wirtschaft geholfen, zwischen 2021 und 2023 100 Milliarden Euro einzusparen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine Gemeinschaft der erneuerbaren Energien aufgebaut wird. Diese Gemeinschaft soll den Kontinent verbinden und ihn mit Energie versorgen. Durch ein Energiesystem, das sich zu 100% auf erneuerbare Energien basiert und bis 2040 frei von fossilen Brennstoffen ist, wollen wir einen bewohnbaren Planeten, geopolitische Unabhängigkeit von Autokraten und ein widerstandsfähiges und demokratisch verwaltetes Energiesystem gewährleisten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die bürokratischen Behördengänge zur Umsetzung des Ausbaus der Energiegewinnung aus Erneuerbaren vereinfacht und länderübergreifende Projekte unterstützt werden.

Die Energiewende wird auch den vollständigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen der EU gewährleisten. Die EU braucht einen klaren Ausstiegsplan: Kohle bis 2030, fossiles Gas bis 2035 und Öl bis 2040. Europa muss Maßnahmen zur schrittweisen Abschaffung aller Subventionen für

fossile Brennstoffe bis spätestens 2025 und aller anderen umweltschädlichen Subventionen bis spätestens 2027 ergreifen. Die 2022er-Energiekrise hat Europa durch Energiesubventionen und überhöhte Preise über eine Billion Euro gekostet. Das können wir und der Planet uns nicht leisten. Die Milliarden von Euro aus den Subventionen für fossile Brennstoffe müssen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen fließen. Der Einsatz zum Erreichen dieser Ziele in Bezug auf fossile Brennstoffe wurde durch die auf der Konferenz der Vertragsparteien getroffene Vereinbarung über die Abkehr von fossilen Brennstoffen verstärkt.

Energieversorgung als Grundrecht

Wir sind davon überzeugt, dass in der EU jeder und jede als Grundrecht Zugang zu ausreichender, erschwinglicher und erneuerbarer Energie haben sollte. 125 Millionen Menschen in der Union haben finanzielle Schwierigkeiten, ihre Wohnungen zu heizen. Frauen und ältere Mitbürger*innen sind überproportional betroffen. Das Ende der Energiearmut muss also eine wesentliche Priorität werden.

Deshalb unterstützen wir eine Energie-Garantie, um alle Haushalte mit einer ausreichenden Menge an erneuerbarer Energie zu einem erschwinglichen Preis zu versorgen. Gefährdete Bürger*innen erhalten gezielte Unterstützung, auch für energiesparende Investitionen, und kein gefährdeter Haushalt wird wegen seiner Zahlungsunfähigkeit von der Energieversorgung abgeschnitten.

Erneuerbare Energien garantieren den Menschen, dass sie ihre Wohnungen auch zukünftig bezahlbar heizen können. Deshalb unterstützen wir die Weiterentwicklung der europäischen Anforderungen an die Effizienz von Gebäuden und Heizungen, um Gebäude schnell und günstig von der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu befreien. Wir setzen dabei vor allem auf Beratung und finanzielle Anreize. Mit einem effizienten Strommarkt, geringen Infrastrukturkosten und intelligent aufeinander abgestimmten Mechanismen von Stromverbrauch und -erzeugung bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung zudem bei den Verbraucher*innen.

Energiewende und Arbeitsmarkt

Die Lösungsvorschläge zur Klimakrise durch die Energiewende schaffen Millionen von attraktiven Arbeitsplätzen in Bereichen wie erneuerbare Energien und zugehörige Bauwesen, Industrie und Verkehr. Die startbereiten Projekte werden kurz- und mittelfristig zwei Millionen und langfristig bis zu zehn Millionen Arbeitsplätze schaffen. Diese Zahlen übersteigen bei weitem die Zahl der Beschäftigten in der traditionellen Energiewirtschaft, die bei rund 200.000 liegt und 140.000 Arbeitsplätze in verwandten Branchen schafft.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze geht einher mit dem Erlernen und der Verbreitung neuer Kompetenzen und einer Ausbildungsoffensive im Handwerk. Die EU muss dafür sorgen, dass die

Arbeitnehmer*innen die nötige Ausbildung und berufliche Reorientierung erhalten, damit sie zu einem integralen Bestandteil der grünen und sozialen Energiewende werden können.

Es reicht jedoch nicht aus, dafür zu sorgen, dass die im Sektor der grünen Energie geschaffenen Arbeitsplätze bei weitem die im fossilen Energiesektor überschreiten, um eine gerechte Transition zu gewährleisten. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Förderung des Zugangs zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen durch Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme und andere praktische Unterstützung müssen sicherstellen, dass diese Arbeitsplätze tatsächlich verfügbar sind. Die Arbeitsplätze müssen auf Menschen ausgerichtet sein, die sie am dringendsten benötigen, vor allem in den am wenigsten privilegierten Teilen der Gesellschaft und den am stärksten von fossilen Brennstoffen abhängigen Regionen.

Atomkraft: Zu teuer, zu schmutzig, zu gefährlich

Die Kernenergie ist und bleibt kein Bestandteil der grünen Transition und keine nachhaltige Energiequelle für Menschen und den Planeten. Atomkraftwerke sind für den Bau, die Stilllegung, die Brennstoffaufbereitung, sowie für den Uranabbau und Urananreicherung auf fossilen Brennstoff angewiesen und tragen damit zu erhöhten Treibhausgasen bei. Darüber hinaus ist die Kernenergie zu teuer, unwirtschaftlich und unsicher. Zudem müssen wir Uran größtenteils importieren, zum Teil aus Autokratien und Diktaturen, und bleiben demnach wieder in einer Abhängigkeit, was die Energieressourcen angeht.

Atomkraftwerke sind anfällige Energiequellen. Im Hinblick auf die Folgen möglicher Unfälle stellen sie eine zerstörerische Gefahr dar. Auch ohne Unfälle gibt es ein toxisches Problem, für das es noch immer keine dauerhafte Lösung gibt: Atommüll. In Atomkraftwerken fallen riesige Mengen giftiger Abfälle an, und die Radioaktivität der Abfälle wird noch Tausende von Jahren erhalten bleiben. Die Exposition gegenüber radioaktiven Abfällen kann bei Menschen Krebsgeschwüre und bei Tieren und Pflanzen genetische Schäden oder Mutationen verursachen.

Aus diesen Gründen werden wir unseren Kampf gegen die Aufnahme der Atomenergie in die grüne Finanztaxonomie der EU fortsetzen, so wie wir es im vergangenen Mandat getan haben. Die Aufnahme der Atomenergie in die EU-Taxonomie für nachhaltige Investitionen wirkt sich negativ aus. Milliarden von Euro werden aus Investitionen in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien abgezogen und in Gas, Atomenergie und andere fossile Brennstoffe investiert. Dies wird dazu führen, dass dort zu wenig investiert wird, wo es am nötigsten ist - in erneuerbare, saubere und grüne Energien.

Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff, welcher exklusiv aus erneuerbaren Energien erzeugt wurde, muss eine wesentliche Rolle bei der Erreichung unserer Klimaschutzziele spielen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Wasserstoff, den wir in der EU nutzen, aus nachhaltigen Quellen kommt. Wir werden uns dafür weiterhin einsetzen, dass Wasserstoff nicht mit Atomenergie, fossilen Brennstoffen oder Gas, sondern ausschließlich mithilfe von erneuerbaren Energien hergestellt wird. Die in die EU-Wasserstoffbank fließenden Investitionen sollten exklusiv für erneuerbaren Wasserstoff verwendet werden.

Es ist uns zudem besonders wichtig, dass bei der Produktion und dem Transport von Wasserstoff die Menschenrechtsstandards respektiert werden. Schon jetzt gibt es bedenkliche Entwicklungen diesbezüglich, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent. Energie-Strategien dürfen nicht zu Gunsten einiger und auf Kosten anderer umgesetzt werden.

Wasserstoff ist ein Energieträger, wie Wind und Sonne, und keine Energiequelle. Im Vergleich zur direkten Nutzung von Strom braucht die Nutzung über den Umweg Wasserstoff ein Vielfaches an Energie. Seine Produktion ist aufwändig und sein genaues Potenzial noch ungewiss. Klar ist: Wasserstoff hat nur eine Zukunft in ganz speziellen Bereichen. Er wird in Sektoren eingesetzt, die nicht direkt auf Alternativen zurückgreifen können, wie z. B. im Schiffs- oder Flugverkehr, oder in industriellen Prozessen, wie bei der Produktion von Stahl.

Kohlenstoffspeicherung als ergänzendes Instrument

Kohlenstoffspeicherung wird als eine der Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität in der EU bezeichnet. Die Speicherung von Emissionen soll an großen Punktquellen wie der fossilen Stromerzeugung oder Industrieanlagen erfolgen, um dann in einer Reihe von Anwendungen eingesetzt, oder zur Speicherung in tiefe geologische Formationen wie erschöpfte Öl- und Gasreservoirs eingelassen zu werden. Die Kohlenstoffspeicherung könnte so verhindern, dass Emissionen ungebremst in die Atmosphäre gelangen, zum Beispiel in Industriebereichen, wo das Erreichen der Klimaneutralität sich noch als schwierig gestaltet.

Um sicherzustellen, dass die Ziele der Klimaneutralität erreicht werden, wurde ein EU-weites Ziel für die Abscheidung von CO₂ mit dem rechtsverbindlichen Ziel eingeführt, bis 2030 eine jährliche Injektion Kapazität von mindestens 50 Millionen Tonnen CO₂ zu erreichen. Im Rahmen des Net-Zero-Industry-Gesetzes wurden Mechanismen zur Berichterstattung eingeführt.

Wir werden sicherstellen, dass die Kohlenstoffabscheidung nur als ergänzendes Instrument fungiert und nicht zum Vorwand wird, um wichtige Maßnahmen zur eigentlichen Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu umgehen. Wir werden auch darauf achten, dass die Kohlenstoffabscheidung und -speicherung sicher für die Umwelt und die Menschen sein muss,

sowie den Kostenfaktor im Vergleich zu strukturell emissionsenkenden Maßnahmen im Blick behalten.

Verschärfung der Regulierung von CO₂-Zertifikaten

Carbon-Offsetting, also das Kompensieren von CO₂-Emissionen, trägt global gesehen kaum zum Erreichen der Ziele des Pariser Klimaabkommens bei, da es darum geht, die Emissionen drastisch zu vermeiden und zu reduzieren, und nicht bloß zu kompensieren. Häufig gibt es Alternativen zu emissionsintensiven Aktivitäten und diese zu nutzen, sollte das oberste Ziel sein. Erst wenn es keine andere Möglichkeit gibt, soll man auf Kompensation zurückgreifen. Wir setzen uns dafür ein, dass private CO₂-Kompensationsmechanismen besser reguliert werden, um ihre Effektivität zu verbessern und Greenwashing zu verhindern. Dies beinhaltet die Implementierung strengerer Regulierungen, die garantieren, dass die CO₂-Zertifikate nur für nachweisbare, messbare und langfristige Emissionsreduktionen vergeben werden.

2. Erschwingliche, nachhaltige Mobilität für alle

Wir wollen, dass sich jede und jeder einfach und kostengünstig mit nachhaltigen, öffentlichen und sicheren Verkehrsmitteln bewegen kann. Mobilität verbindet Menschen, Gemeinden und Unternehmen miteinander. Heute sind die Verkehrssysteme jedoch zu Gunsten der Wohlhabenden und zu Ungunsten der weniger wohlhabenden Menschen ausgerichtet. Letztere leiden am meisten unter Luftverschmutzung und Lärmbelästigung, und in weniger gut angebundenen ländlichen und vorstädtischen Gemeinden haben Menschen oft keine andere Wahl als das Auto.

Die Verlagerung des Verkehrs wird dazu beitragen, dass wir die festgelegten Klimaschutzziele erreichen. Die Verlagerung von Luft- und Straßenverkehr auf die Schiene und andere nachhaltige Transportmittel, wird es uns ermöglichen, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und gleichzeitig eine bessere Vernetzung innerhalb der Union zu gewährleisten. Die Auswirkungen der Treibhausgasemissionen, wie die globale Erwärmung und die Luftverschmutzung, wirken sich negativ auf die Gesundheit der Bürger*innen aus, vor allem bei denjenigen, die am meisten gefährdet sind.

Eine gerechte und soziale Mobilitätspolitik nimmt die Wohlhabenden stärker in die Pflicht, um den Beitrag für Klimaschutz aller Europäer*innen zu gewährleisten. Wir setzen uns für die Einführung einer Kerosinsteuer für den Flugverkehr ein, da dieser aktuell durch das Fehlen einer solchen Steuer im Gegenzug zum Zugverkehr indirekt stark subventioniert wird. Ein größeres Problem sind jedoch die vielen Privatjets, die durch den europäischen Luftraum fliegen. Genauso

ungerecht sind Ausnahmen für Luxusautos bezüglich der Reduktion von Treibhausgasemissionen. Auch im nächsten Mandat werden wir uns gegen solche fundamental ungerechte Maßnahmen einsetzen.

Ein Plan für erschwingliche, nachhaltige Mobilität

Wir werden ein europäisches Klimaticket einführen, sodass überall in Europa ein erschwinglicher Fahrschein für den öffentlichen Verkehr angeboten wird, der problemlos für verschiedene öffentliche Verkehrsmittel genutzt werden kann. Dieses europäische Klimaticket dient dazu, alle Menschen, insbesondere einkommensschwache, zu mobilisieren und klimaschädliche Emissionen zu reduzieren.

Wir werden dafür sorgen, dass gerechtere Transportpreise die tatsächlichen Kosten des umweltbelastenden Verkehrs widerspiegeln, indem wir Kraftstoffe angemessen besteuern. Wir werden uns für eine längst überfällige Kerosinsteuer für die Luftfahrtindustrie einsetzen. Diese Steuer wird es ermöglichen, öffentliche Gelder in umweltfreundlichere, effizientere und sicherere Transportmittel zu investieren, die Europa und seine Bewohner nachhaltig und kostengünstig miteinander verbinden werden. Dadurch wird der Bahnverkehr endlich auch preislich mit dem oft günstigeren Luftverkehr mithalten können.

Außerdem muss Europa in bessere öffentliche Verkehrsmittel, Fahrradnetze und eine auf den Menschen ausgerichtete Stadtplanung investieren, sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Gemeinden. Nur wenn wir dem öffentlichen Verkehr viel mehr Raum geben, können wir die durch den Individualverkehr verursachte Luftverschmutzung und Emissionen reduzieren. Auch der schrittweise Abschied von den Verbrennungsmotoren wird zu diesem Ziel beitragen. Um Elektroautos erschwinglich zu machen und einen Gebrauchtmärkte zu schaffen, sollte die EU deren Einführung in Unternehmensflotten vorschreiben.

Mit modernen Zügen Europa verbinden

Der Schienenverkehr birgt großes Potential für die Transportwende und den Passagierkomfort. Wir müssen die Investitionen in den Schienenverkehr auf EU-Ebene massiv erhöhen, um Europa nachhaltig zu verbinden. Die Schieneninfrastruktur ist in vielen europäischen Regionen in einem schlechten Zustand, veraltet und in weiten Teilen Mittel-, Nord- und Osteuropas gibt es überhaupt keine Hochgeschwindigkeitszüge. Die EU muss daher vorrangig in die Modernisierung und Interoperabilität der Schienennetze dieser Regionen investieren.

Um nachhaltige Fernreisen zu fördern, werden wir in die Nachtzuginfrastruktur investieren und eine europäische Ticketing-Plattform einrichten, um die Buchung grenzüberschreitender Reisen mit nachhaltigen Verkehrsmitteln zu vereinfachen. Wir werden auch den Transport von Fahrrädern

bei Bahnfernreisen europaweit vereinfachen. Ländliche Gebiete und schlecht angebundene Regionen werden bei Verkehrsinvestitionen, einschließlich Carsharing-Initiativen und Fähren, Vorrang erhalten.

Wir arbeiten jetzt schon unermüdlich daran, die Schieneninfrastruktur in Europa effizienter zu gestalten, damit Bürger*innen die Möglichkeit haben, sich aktiv an der Transportwende zu beteiligen. In der Verordnung zur „Verbesserung der Nutzung der Schieneninfrastruktur Kapazität“ legen wir den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit einer höheren Effizienz im Schienenverkehrssektor, damit wir ein echtes intermodales und harmonisiertes System in der EU schaffen können, das für alle Bürger*innen funktioniert. Dazu müssen auch faire Preise, Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen, Sicherheit und Verlässlichkeit für alle Kunden gewährleistet werden. Wir setzen uns weiterhin für den Aufbau einer europäischen Plattform ein, die alle Daten zu Cargo-Zügen, die während internationaler Zugfahrten erfasst wurden, erfasst und den Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Verfügung stellt. Dies ermöglicht eine bessere Abstimmung auf internationaler Ebene, eine genauere Beweisführung, Wartungsplanung und eine langfristige Vorhersehbarkeit (Materialverschleiß, Unfallgefahr, usw.).

Ein zukunftstauglicher Flugverkehr

Wenn der Zugverkehr in Europa konsequent ausgebaut und verbessert wird, kann der Flugverkehr schrittweise reduziert werden, auch wenn wir auch in Zukunft noch auf Flug- und Schiffsverkehr angewiesen sind.

Wir wollen, dass die Europäische Union Vorreiterin in der Entwicklung klimaneutraler Luftfahrttechnologien wird. In diesem Sinne setzen wir uns für eine Vervielfachung der öffentlichen Investitionen in Forschungsprojekte, wie zum Beispiel das „Clean Aviation“-Programm, ein Forschungs- und Innovationsprogramm der Europäischen Union zur Transformation der Luftfahrt in Richtung einer nachhaltigen und klimaneutralen Zukunft. In diesem Rahmen sollen auch noch untererforschte negative Effekte des Flugverkehrs angegangen werden.

Solange Flugzeuge noch mit fossilen Brennstoffen angetrieben werden, sollen Kurzstreckenflüge begrenzt werden, wenn es realistische Alternativen gibt. In diesem Zusammenhang werden wir außerdem für eine Begrenzung der Nutzung von Privatjets kämpfen. Mit jedem Kerosin-angetriebenen Flug eines Privatjets wird die jährliche Klimabilanz einer durchschnittlichen Verbraucherin um das Vielfache übertroffen. Öffentliche Subventionen für die Privatfliegerei sollten unterbunden und die Steuern auf diesem Sektor europaweit angehoben werden.

Zusammen für mehr Verkehrssicherheit

Die Zahl der Verkehrstoten (20.600 im Jahr 2022 in der EU) ist nach wie vor viel zu hoch. In der Altersgruppe von 5 bis 29 Jahren sind Verkehrsunfälle weltweit die häufigste Todesursache. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Verkehrstoten bis 2030 um 50% zu halbieren und bis 2050 die Zahl der Verkehrstoten auf 0 zu senken. Wir wollen diese Ziele durch eine konzertierte Aktion zur Erhöhung der Verkehrssicherheit erreichen.

Niedrigere Geschwindigkeitsbegrenzungen, Verkehrsberuhigungen und Umgestaltungen des öffentlichen Raums hätten in europäischen Städten nicht nur erhebliche Sicherheitsvorteile für alle Verkehrsteilnehmer*innen, sondern würden auch die Lärm- und Luftverschmutzung verringern und wären somit eine Win-Win-Situation.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Daten, die zur Schaffung von Rechtsvorschriften verwendet werden, alle Mitglieder*innen der Gesellschaft einbeziehen, damit die Straßen, aber auch die Autos für alle sicher sind. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Bemühungen um den Einsatz von weiblichen Auto-Crash-Dummys bei Fahrzeugtests fortgesetzt werden müssen. Es bedeutet auch, dass Straßen für Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen, Kinder und ältere Menschen zugänglicher und sicherer gemacht werden müssen.

Wenn wir über Verkehrssicherheit sprechen, müssen wir sicherstellen, dass alle Verkehrsmittglieder*innen respektiert werden und sich ohne Gefahr bewegen können. Das gilt für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen ebenso wie für Menschen, die das Auto oder die Straßenbahn benutzen. Die europäische Verkehrsinfrastruktur muss angepasst und für alle sicher gemacht werden.

3. Naturschutz und Ressourcenschutz

Saubere Luft, sauberes Wasser, fruchtbare Böden und Artenvielfalt sind für unser Leben und das Wohlergehen aller unerlässlich, sie sind jedoch begrenzte Ressourcen.

Der europäische Grüne Deal von 2019 und die daraus entstandenen Initiativen waren ein Anfang, doch der Zustand unserer Umwelt hat sich seitdem nur ungenügend verbessert und sich vielerorts im Gegenteil verschlechtert, auch durch die sich bereits bemerkbar machende Klimakrise. Wir müssen deswegen angesichts Naturschutz nachlegen, statt nachlassen.

Ökosysteme und Artenvielfalt schützen

Derzeit sind eine Million Arten vom Aussterben bedroht. Dies kann auf geschädigte Ökosysteme, den Einsatz von Pestiziden und die Klimakrise zurückgeführt werden. Deshalb müssen ab 2026 10% des EU-Haushalts für Ziele im Bereich der biologischen Vielfalt eingesetzt werden.

Wir werden degradierte Ökosysteme in der gesamten EU wiederherstellen. Wir wollen ein Drittel des EU-Territoriums und der Meeresgebiete schützen, damit wir in Harmonie mit der Natur leben können, einschließlich Feuchtgebieten, Wäldern, Meeres- und Agrarökosystemen, Flüssen und Seen. Wie im Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, für das wir gekämpft haben, dargelegt, wollen wir bereits geschädigte Naturgebiete wiederherstellen. Die Zusammenarbeit mit Landwirt*innen und lokalen Gemeinschaften ist hier der Schlüssel.

Gesunde Wälder tragen zur sauberen Luft bei

Unsere Wälder sind durch Abholzung und die Folgen der Klimakrise bedroht. Sie sind unsere Lunge und unser Lebenserhaltungssystem, beherbergen den größten Teil der landgebundenen Tiere und Pflanzen und sind wichtige Kohlenstoffsinken. Wälder spielen auch eine entscheidende Rolle bei der Bereitstellung sauberer Luft, der Regulierung des Wasserkreislaufs und der Verhinderung von Bodenerosion. Der Schutz und die Wiederherstellung der Wälder sind der Schlüssel zum Erreichen unserer Klimaziele.

Wir sind der Meinung, dass alte Wälder, eine naturnahe Bewirtschaftung und eine biodiversitätsfreundliche Aufforstung und Wiederherstellung ausschlaggebend für gesunde Wälder in Europa sind. Wir brauchen eine gemeinsame Waldbrandstrategie durch das Pflanzen von naturnahen Mischwäldern. Wir sind entschlossen, unnötigen Kahlschlag zu vermeiden und Schutzkorridore einzurichten. Wir brauchen sofortige Maßnahmen, um die Wälder vor schlechter Bewirtschaftung, Verschmutzung und der Klimakrise zu schützen.

Unsere natürliche Kohlenstoffsinken: die Ozeane

Genauso wie die Wälder sind auch die Ozeane Kohlenstoffsinken. Ozeane absorbieren 90% der durch steigende Emissionen erzeugten Wärme. Da die übermäßige Wärme und Energie die Ozeane erwärmt, führt die Temperaturveränderung zu beispiellosen Kaskadeneffekten wie Eisschmelze, Anstieg des Meeresspiegels, marine Hitzewellen und Versauerung der Ozeane. Die biologische Vielfalt und die Ökosysteme, die für das Leben auf der Erde von entscheidender Bedeutung sind, werden stark beeinträchtigt. Steigende Temperaturen erhöhen das Risiko eines unumkehrbaren Verlusts von Meeres- und Küstenökosystemen. Schon heute sind weitreichende Veränderungen zu beobachten.

Die europäischen Meeresregionen müssen also geschützt werden. Von der Ostsee bis zum Atlantik müssen wir ein Gesetz über die Meere und Ozeane einführen, das das Recht auf saubere, gesunde und nachhaltige Meere und Ozeane festlegt. Wir werden eine Strategie umsetzen, die bis 2030 zu einer sauberen Meereswelt führt.

Viele Fisch- und Haiarten und andere Meeresbewohner sind vom Aussterben bedroht. Um die Meeresökosysteme zu bewahren und den Zugang lokaler Gemeinschaften zu schützen, müssen Überfischungspraktiken gestoppt und alternative nachhaltige Wirtschaftsmodelle für Küstengemeinden entwickelt werden. Es geht nicht nur um die Menge an Fisch, die wir fangen, sondern auch darum, wie wir ihn fangen. Wir werden der Grundschieppnetzfisherei endlich ein Ende setzen.

Außerdem werden wir gegen den Tiefseebergbau kämpfen und ein weltweites Moratorium fordern. Es ist höchste Zeit, die Ökosysteme der Tiefsee zu schützen. Wir werden uns jeder Ausweitung der Offshore-Öl- und Gasförderung widersetzen.

Saubere Luft

Eine Europäische Union mit weniger Luftverschmutzung wird ein viel gesünderer Ort zum Leben sein. Die Luftverschmutzung ist jedes Jahr für 300.000 vorzeitige Todesfälle in der EU verantwortlich, wobei Kinder am stärksten betroffen sind. Luftverschmutzung trägt zur Versauerung der Atmosphäre und Ozonschäden bei. Dies hat direkte negative Auswirkungen auf Wälder, Ökosysteme, Nutzpflanzen und die menschliche Gesundheit. Wir müssen unseren Kampf fortsetzen, um zu gewährleisten, dass saubere Luft als grundlegendes Menschenrecht uneingeschränkt geachtet wird.

Wir werden die europäischen Luftqualitätsstandards erhöhen und dafür sorgen, dass sie auch respektiert werden. Bis 2030 muss die Luftqualität in der EU den Richtlinien der Weltgesundheitsorganisation entsprechen, damit Luftverschmutzung keine Gefahr für die öffentliche Gesundheit darstellt.

Durch den progressiven Ausstieg aus fossilen Energien werden wir den Schadstoffanteil in unserer Luft erheblich senken und somit der Luftverschmutzung entgegenwirken. Die Transportwende kann durch mehr Elektromobilität, erhöhten Schienenverkehr und Hydrogen-Einsatz ihren Beitrag für eine saubere Luft leisten. Auch im Bereich der Industrie und der Landwirtschaft müssen Luftqualitätsgrenzwerte verschärft werden.

Neue Technologien wie die Kohlenstoffbindung könnten hier Teil der Lösung sein, müssen sich aber noch bewähren. Die besten Emissionen und Feinpartikel sind diejenigen, die man gar nicht erst ausstößt.

Grünflächen und Vegetation können im urbanen Raum enorm zur Luftqualität beitragen. Mit einer europäischen Strategie für Stadtbegrünung wollen wir die Luft und Lebensqualität europaweit für Stadtbewohner*innen verbessern.

Ein giftfreies Europa

Die EU-Chemikalienstrategie fordert bereits eine „giftfreie“ Umwelt bis 2050. Die EU macht zwar große Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel, trotzdem werden weiterhin eine Vielzahl von Chemikalien hergestellt, verwendet und exportiert, die für die menschliche Gesundheit höchstgefährlich sind.

Besonders “ewige” Chemikalien, wie zum Beispiel per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) sind uns ein Dorn im Auge. In Lebensmittelverpackungen, Kosmetika, Textilien und anderen Konsumgütern präsent, häufen sie sich mit der Zeit in Umwelt, Mensch und Tier an und können zu gesundheitlichen Problemen wie Leberschäden, Schilddrüsenerkrankungen, Fettleibigkeit, Fruchtbarkeitsstörungen und Krebs führen. Wir werden uns weiter für ein Verbot der Ewigkeits-Chemikalien einsetzen, um unsere Gesundheit, aber auch die Umwelt zu schützen.

Die Europäische Kommission versprach bereits 2020 eine Überarbeitung der europäischen Chemikalienverordnung (REACH). Wir werden dafür sorgen, dass diese Überarbeitung endlich stattfindet. Die schädlichsten Chemikalien müssen ersetzt und für alle Chemikalien strengere Risikoprüfungen und Nutzungsbedingungen eingeführt werden. Wir wollen, dass die Industrie die Verantwortung für den Umgang mit den von Chemikalien ausgehenden Risiken übernimmt und alle Daten zur Gefährlichkeit der Stoffe bereitstellt.

Wenn es um Chemikalien und Verschmutzung geht, darf Mikroplastik nicht vernachlässigt werden. Einmal in die Umwelt gelangt, ist Mikroplastik nicht biologisch abbaubar und oft mit Chemikalien behaftet. Es reichert sich in Gewässern, Böden und Tieren an und wird folglich auch von Menschen als Nahrung aufgenommen. Wir werden europäische Aufklärungskampagnen zu den Risiken und der Vermeidung von Mikroplastik, die Fortsetzung der Maßnahmen zur Reduzierung und zur sicheren Verarbeitung von Plastikmüll und ein Ende des Gebrauches von Mikroplastik in Kosmetikprodukten umsetzen.

Geeint gegen Naturkatastrophen

Bemühungen zur Wiederherstellung der Natur und zur Anpassung an die Klimakrise werden durch die Revitalisierung von Flüssen und Überschwemmungsgebieten den Wasserrückhalt in ländlichen und städtischen Gebieten wiederherstellen. Um die Schlüsselrolle des Wassers anzuerkennen, muss das Wasser in alle relevanten EU-Politiken einbezogen und integriert werden.

Die grüne Transition muss Hand in Hand mit einer starken Kohäsionspolitik gehen, damit alle Regionen Europas davon profitieren können. Deshalb wird der erweiterte EU-Solidaritätsfonds sich auf die Klimaanpassung und die Vorbereitung auf Naturkatastrophen konzentrieren. Eine zweckgebundene und direkte Finanzierung von Klimamaßnahmen durch die EU kann den

budgetären und politischen Druck auf Städte und Gemeinden verringern und es ermöglichen, den Wandel vor Ort zu gestalten und zu leiten.

In ähnlicher Weise und auf Grundlage des Prinzips der europäischen Solidarität werden wir einen Europäischen Fonds für Naturkatastrophen erstellen. Außerdem werden wir die europäische Feuerwehr ausbauen und kofinanzieren, einschließlich eines Pools von qualifiziertem und freiwilligem Personal, Feuerwehrausrüstung, Vermögenswerten und Löschflugzeugen sowie einem Notfallkoordinierungszentrum. Diese Maßnahmen werden die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Naturkatastrophen erhöhen.

4. Eine krisenfeste Gesundheitsunion

Zur grenzüberschreitenden Natur gehören leider auch Krankheitserreger, die das Potential haben, unsere Gesellschaft lahmzulegen. Die COVID-19-Pandemie hat unsere Gesundheitssysteme vor enorme Herausforderungen gestellt. Es wurde deutlich, dass die Europäische Union für eine solche Gesundheitskrise nicht ausreichend gewappnet war. Die unkoordinierten Maßnahmen und die mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und gegenüber Entwicklungsländern haben das Vertrauen in das europäische Projekt stark erschüttert. Schon vor COVID-19 zeigte der Eurobarometer, dass 70% der Europäer*innen wollten, dass die EU mehr für die Gesundheit tut. Daher müssen wir diese Pandemieerfahrung als Wendepunkt nutzen.

Die richtigen Lektionen aus der COVID-19 Pandemie ziehen

Um grenzüberschreitenden Herausforderungen wie Pandemien zu begegnen und die öffentliche Gesundheit zu fördern, bedarf es verstärkter Zusammenarbeit und mehr EU-Kompetenz in diesem Bereich.

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) muss finanziell und personell gestärkt werden. Wir wollen die Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) zu einer unabhängigen europäischen Agentur machen und ihr auch mehr Mittel zur Verfügung stellen. So können das ECDC und HERA in Zukunft die Maßnahmen der Mitgliedstaaten besser unterstützen und koordinieren, gemeinsame Katastrophenschutzpläne entwickeln, sowie regelmäßige Stresstests zur Bewertung der EU-Krisenbewältigungsfähigkeit organisieren. Zusätzlich muss an einer Harmonisierung der Pandemiegesetzgebung gearbeitet und nationale Maßnahmen in europäische Gesamtstrategien eingebunden werden.

Wir wollen europäische Datenbanken erstellen, um in Krisenzeiten einen schnellen Überblick über Materialbestände, Medikamente und verfügbare Betten zu ermöglichen. Wir befürworten auch die Bildung eines starken Gesundheitsnetzwerks und die Einrichtung eines europäischen Gesundheitskorps in EU-Krankenhäusern.

Darüber hinaus unterstützen wir zur Prävention von zukünftigen Pandemien eine ganzheitliche Politik gegen Zoonosen, mit der Einrichtung eines ständigen Ausschusses zur Erforschung und Vorbeugung von Zoonosen innerhalb der Weltgesundheitsorganisation. Dieser Ausschuss soll mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sein, um unabhängig von politischen oder wirtschaftlichen Einflüssen wissenschaftlich fundierte Entscheidungen zu treffen und Leitlinien zu entwickeln. Auf internationaler Ebene muss der „One Health“-Ansatz eine Schlüsselstrategie zur Vermeidung von zukünftigen Zoonosen sein.

Eine solidarische Europäische Gesundheitsunion

Gesundheit muss in sämtliche Politikbereiche integriert werden, mit einem Fokus auf Prävention. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer starken europäischen Gesundheitspolitik. In unserem vernetzten Binnenmarkt können Krisen im Gesundheitssektor nur gemeinsam erfolgreich angegangen werden. Die COVID-19 Pandemie hat die Folgen von Austeritätsmaßnahmen im Gesundheitswesen verdeutlicht: überforderte, unterfinanzierte öffentliche Gesundheitssysteme, ein besorgniserregender Mangel an Pflegepersonal und Ärzt*innen in vielen Mitgliedstaaten, zunehmende Medikamentenengpässe und ungenügend öffentlich finanzierte Gesundheitsforschung. Die noch in den Kinderschuhen steckende Europäische Gesundheitsunion steht also vor großen Herausforderungen, doch zusammen sind wir stärker.

Patient*innen müssen im Mittelpunkt der europäischen Gesundheitspolitik stehen und nicht die Gewinne der Aktionäre der Pharmaindustrie. Die Bürger*innen haben ein Recht auf eine bezahlbare Gesundheitsversorgung, über nationale Grenzen hinaus. Die Europäische Gesundheitsunion soll allen in der Europäischen Union eine universelle Gesundheitsversorgung gewährleisten und den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten und Behandlungen sicherstellen.

Eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik

Das Projekt des europäischen Gesundheitsdatenraums birgt viel Potential für eine effizientere Zusammenarbeit der nationalen Systeme und besonders für die Förderung der transnationalen Gesundheitsforschung. Transparenz und Datenschutz müssen hier jedoch streng appliziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Patient*innen jederzeit entscheiden können, was mit ihren eigenen Gesundheitsdaten passiert.

“Strategische Autonomie” ist ein Begriff, den wir auch im Gesundheitsbereich etablieren wollen. Um die Europäische Union unabhängiger und sicherer zu machen, werden wir eine Erhöhung der

Medikamentenproduktion auf EU-Ebene umsetzen. Um den Zugang zu Medikamenten und Impfstoffen sicherzustellen, befürworten wir die Einrichtung öffentlicher und unabhängiger Laboratorien, Forschungs- und Entwicklungszentren sowie eigener Lieferketten für einen Teil der Medikamentenproduktion, um die Abhängigkeit von der Pharmaindustrie zu verringern. Zur Vorbeugung von Medikamentenengpässen werden wir ein europäisches Monitoringsystem einführen und mehr Koordination zwischen den Mitgliedstaaten anregen.

Um medizinische Innovation zu fördern, die von den realen Bedürfnissen der Patient*innen ausgeht, werden wir einen europäischen Investitionsplan in die Gesundheitsforschung, mit einer umfangreichen Bestandsaufnahme der aktuellen Wissens- und Behandlungslücken, umsetzen. Dort, wo öffentliches Geld in die Entwicklung von Therapien und Medikamenten investiert wird, fordern wir vonseiten der Pharmaindustrie absolute Transparenz bezüglich der Forschungsergebnisse und den tatsächlichen Entwicklungskosten. Wir vertreten zudem eine Lizenzierung von Patenten auf Medikamenten, die es in Notfällen erlaubt, Lizenzen freizugeben, um die öffentliche Gesundheit zu schützen.

Wir setzen uns für eine fortschrittliche Drogenpolitik in der gesamten EU ein, dazu zählt die Legalisierung von Cannabis. An härteren Drogen Suchterkrankte sollen endlich nicht mehr kriminalisiert werden. Sie sollen nicht mehr für ihre Erkrankung bestraft werden, sondern die ihnen nötige Unterstützung bekommen, um ein gesundes und drogenfreies Leben aufbauen zu können.

5. Gesundes Essen zu fairen Preisen

Wie und was in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie produziert wird und auf unseren Tellern landet, hat einen großen Einfluss auf unsere Gesundheit, die Umwelt, Tiere und die Artenvielfalt. Die Landwirtschaft, eine der Hauptbetroffenen der Klimakrise, ist selbst für einen nicht geringen Anteil des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase verantwortlich, kann jedoch auch eine wichtige Verbündete im Kampf gegen die Erderwärmung sein. Ähnliches gilt für den Erhalt sauberen Wassers, der Bodenfruchtbarkeit und der Biodiversität.

Trotz regelmäßiger Reformen liefert die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nicht die notwendigen Resultate, sondern fördert weiterhin eine immer intensivere Landwirtschaft, mit schädlichen Monokulturen und Massentierhaltung. Eine europaweite Umstellung auf ein nachhaltiges, klimafreundliches und faires Lebensmittelsystem ist unerlässlich, um die Produktion von erschwinglichen, gesunden Lebensmitteln langfristig zu sichern und den Bäuerinnen und Bauern Europas Zukunftsperspektiven zu bieten

Wir setzen uns deswegen für eine richtige Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik ein. Wir wollen eine holistische Lebensmittelpolitik einführen, die die gesamte Lebensmittelkette umfasst.

Ein Recht auf gesundes Essen

Millionen von Europäer*innen haben in den letzten Jahren mit steigenden Lebensmittelpreisen zu kämpfen gehabt. Niemand sollte auf gesunde, nachhaltig und lokal produzierte Lebensmittel verzichten müssen, weil sie zu teuer sind. Es ist an der Zeit, die Spekulation mit Nahrungsmitteln, die die Lebensmittelpreise für Haushalte in die Höhe treibt und den Hunger in der Welt anheizt, zu beenden. Super-Gewinnsteuern im Lebensmittelbereich sollen die Spekulation auf Lebensmittel eindämmen. Wir wollen zudem das Recht auf gesunde Nahrung als Rechtsgrundsatz in der EU-Gesetzgebung verankern, mit sozialen Mechanismen auf nationaler Ebene, die den Zugang zu gesunden Lebensmitteln garantieren und gleichzeitig lokale Versorgungsketten unterstützen.

Jede*r hat das Recht auf gesundes Essen. Viele Risikofaktoren für nicht übertragbare Krankheiten wie Krebs oder Diabetes (Typ II) sind ernährungsbedingt. Eine ungesunde Ernährung ist ein komplexes Problem, doch bei einigen Risikofaktoren gibt es noch viel Handlungspotential auf europäischer Ebene. In der Kontinuität der Farm-to-Fork-Strategie setzen wir uns ein für mehr Transparenz für Konsument*innen, mehr pflanzliche Ernährung, die Bekämpfung von Gesundheitsversprechen auf Verpackungen von ungesunden Lebensmitteln, die Einführung einer einheitlichen Lebensmittelampel und das Eindämmen von Marketingpraktiken, die zum Kauf von ungesunden Produkten verleiten.

Gesunde Lebensmittel bedeutet auch pestizidfreie Lebensmittel. Wir müssen den Einsatz chemischer Pestizide reduzieren, um die Ökosysteme zu schützen, die Böden gesund zu halten und die menschliche und tierische Gesundheit zu erhalten. Im letzten Mandat versagten sowohl die Mitgliedstaaten wie das Europäische Parlament in dieser Hinsicht: Der Rat konnte sich nicht gegen eine Erneuerung der Zulassung von Glyphosat einigen und eine konservative Mehrheit im EU-Parlament brachte einen europäischen Vorschlag zur Reduzierung von chemischen Pestiziden zu Fall. Doch wir geben nicht auf und werden weiterhin dafür kämpfen, dass der Einsatz von Pestiziden bis 2030 um 50% reduziert wird. Glyphosat ist weder für eine produktive Landwirtschaft noch für die Unkrautbekämpfung notwendig. Glyphosat kann und muss EU-weit verboten werden, und landwirtschaftliche Betriebe müssen wirtschaftlich unterstützt werden, damit sie diese Umstellung vornehmen können.

Keine Gentechnik auf unseren Tellern

Der Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft trägt zum Ausbau von Monopolen großer Agrarkonzerne und der zunehmenden Patentierung von Saatgut bei, gegen die wir uns resolut

einsetzen. Zudem birgt es ungenügend erforschte Risiken für die Biodiversität und die Gesundheit. Wir kämpfen weiterhin für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und gegen den massiven Import von genetisch modifiziertem Futter, insbesondere aus Entwaldungsgebieten in Südamerika.

Seit einigen Jahren werden zu neuen Gentechnikmethoden wie zum Beispiel CRISPR (clustered regularly interspaced short palindromic repeats) von der Industrie sehr viele Versprechen gemacht. Diese neuen Methoden, bei denen innerhalb der DNA einer Pflanze rumgeschnippelt wird, sollen angeblich die Lösung für Klimakrise, Wassermangel und zu hohem Pestizideinsatz sein. Wissenschaftlich begründet sind diese Versprechen noch nicht, sicher ist jedoch, dass es sich hier tatsächlich um Gentechnik handelt, mit ungewissen Folgen für Umwelt und Mensch.

Die Europäische Kommission schlug in völliger Missachtung des Vorsorgeprinzips vor, die bestehenden europäischen Regeln zu genetisch modifizierten Pflanzen für diese neuen Methoden zu lockern: bei bis zu 20 genetischen Modifikationen soll es kein Zulassungsverfahren, keine Risikobewertung, keine Rückverfolgbarkeit und keine Kennzeichnung geben, was Null-Transparenz für Verbraucher*innen und Landwirt*innen bedeutet. Für Biobetriebe, deren Produkte gentechnikfrei sein müssen, wäre dies eine existenzielle Bedrohung. Wir setzen uns weiterhin für das Recht ein, Nein zur Gentechnik auf dem eigenen Teller sagen zu können. Jede Art der Gentechnik sollte gründlich risikobewertet werden und muss gekennzeichnet sein.

Faire Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe

Wir wollen sicherzustellen, dass Landwirt*innen einen fairen Preis für ihre Produkte erhalten. Unfaire Praktiken in der Lebensmittelkette müssen stärker bekämpft und die Position von Erzeuger*innen gestärkt werden. Vor allem kleine und mittlere Betriebe sowie Jungbäuerinnen und -bauern müssen zudem mit massiven Investitionen unterstützt werden. Jahrzehntlang fehlgeleitete Agrarsubventionen haben zur Konzentrierung des Landbesitzes in Europa beigetragen und kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin getrieben. Wir brauchen endlich eine faire und nachhaltige Agrarwende! Weg von sinnlosen Flächensubventionen, hin zu leistungsbezogenen Subventionen und zu einer konkreten Unterstützung bei der Transition zu nachhaltigeren Produktionsweisen. Wir weiten den biologischen Landbau in allen EU-Staaten auf mindestens 25 Prozent aus, indem wir ausreichende Geldmittel vorsehen, und das Ausbauziel im Bioaktionsplan und den nationalen Strategieplänen gewährleisten.

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) läuft 2027 ab. Wir bestehen auf gründliche Zwischenauswertungen und gegebenenfalls Nachbesserungen der nationalen Strategiepläne zur Umsetzung der GAP, sowie auf eine rigorose Bewertung nach Abschluss der aktuellen Programmierungsperiode, vor allem bezüglich der versprochenen Klima- und Umweltleistungen dieser Politik.

System- statt Silodenken: eine europäische Lebensmittelpolitik

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Lebensmittelpolitik, die nicht in Silos denkt, sondern die gesamte Lebensmittelkette erfasst. Nach Ablauf der aktuellen Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik sollen diese durch diese neue, umfassende Politik abgelöst werden. Die Gemeinsame Lebensmittelpolitik wird die europäischen Agrar- und Fischereiförderungen an soziale und ökologische Kriterien knüpfen, um hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und die Ernährungssicherheit langfristig zu sichern.

Das bedeutet, dass in Zukunft ein Drittel des EU-Haushalts für nachhaltige Lebensmittelsysteme verwendet werden würde, die die Bodenqualität verbessern, die Emissionen verringern und die Lebensmittelverschwendung reduzieren, während gleichzeitig die wirtschaftliche Situation der landwirtschaftlichen Betriebe verbessert wird. Im Rahmen dieser Politik können grenzüberschreitende Probleme und Tendenzen, wie der besorgniserregende Anstieg an ernährungsbedingten Krankheiten oder die europäische Überproduktion an Tierprodukten, holistisch angegangen werden.

6. Tiere angemessen schützen

Tiere sind fühlende, leidensfähige Lebewesen. Diese Tatsache wird von den Europäischen Verträgen anerkannt und muss in der Umsetzung europäischer und nationaler Politiken berücksichtigt werden. Dennoch gibt es noch zu viele Lücken, respektiv Schwachstellen in der europäischen Gesetzgebung zum Schutz der Tiere.

Nach fast 20 Jahren Stillstand versprach 2020 die Europäische Kommission, die gesamten, veralteten EU-Tierwohlvorschriften überarbeiten und den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend modernisieren zu wollen. 2021 versprach die Kommission dann, die Forderungen der erfolgreichen europäischen Bürgerinitiative “End the Cage Age” umsetzen zu wollen und die Käfighaltung in der Europäischen Union zu verbieten. Auf grüne Initiative hin und unter grüner Leitung untersuchte das Europäische Parlament zwei Jahre lang seinerseits die Angemessenheit der bestehenden EU-Vorschriften zu Tiertransporten. Auch hier wurde ein erheblicher Verbesserungsbedarf festgestellt und Empfehlungen an die Kommission übermittelt.

Von den großen Tierwohlversprechen wurde bis jetzt leider wenig umgesetzt. Nach Jahren des Wartens und Hinauszögerns präsentierte die Kommission gegen Ende des Mandats nur einen schwachen Verbesserungsvorschlag zu Tiertransporten sowie einen neuen Vorschlag zum Schutz von Hunden und Katzen. Weitere Gesetzesvorschläge, zur Käfighaltung, zur Schlachtung und zur Etikettierung, wurden kurz vor der Veröffentlichung auf Eis gelegt.

Genug gewartet: mehr Tierwohl, jetzt!

Die europäischen Institutionen müssen die wissenschaftliche, zivilgesellschaftliche und parlamentarische Forderungen nach mehr Tierwohl ernst nehmen und umsetzen. Wir werden den Tierschutz auf EU-Ebene endlich zu einer Priorität machen, strengere Vorschriften für Haltungsbedingungen, Transport und Schlachtung erlassen, und jegliche Art der Misshandlung von Tieren verbieten.

Wir führen den Kampf der Bürger*innen gegen die Käfighaltung und anderen grausamen Praktiken wie die Zwangsfütterung weiter, setzen uns weiterhin für eine maximale Transportzeit von acht Stunden ein, und unterstützen voll und ganz die Europäische Bürgerinitiative für ein pelzfreies Europa.

Bei bereits bestehender Gesetzgebung setzen wir uns für eine verbesserte Umsetzung der Tierschutzvorgaben ein. Hierzu gehören verstärkte und effizientere Kontrollen und konsequente und harte Strafen bei der Nicht-Einhaltung der Vorgaben.

Die von uns vorgeschlagene Gemeinsame Lebensmittelpolitik wird die Mittel, die derzeit für die Unterstützung nicht nachhaltiger industrieller Tierhaltung verwendet werden, für die Verbesserung von Haltungssystemen im Interesse des Tierwohls umleiten. Mobile Schlachtstrukturen und Transport von Fleisch anstatt von lebenden Tieren sollen auch gefördert werden.

Den Ausstieg aus den Tierversuchen zielorientiert fördern

Seit 2010 gibt es auf europäischer Gesetzesebene das Ziel, Tierversuche langfristig komplett abzuschaffen. Tierversuche sind in der Kosmetikindustrie in der Europäischen Union in der Theorie bereits verboten. Wir werden eine strikte Umsetzung dieses Verbotes umsetzen und setzen uns für die Erweiterung dieses Verbots in zusätzlichen Wirtschaftsbereichen ein.

Dank einer erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative und auf Druck des europäischen Parlaments hin gibt es nun einen europäischen Fahrplan zum Ausstieg der Tierversuche für Chemikalienprüfung. Wir werden weiterhin eine umfangreiche Ausstiegsstrategie umsetzen, die alle Bereiche umfasst, in denen aktuell noch mit Tieren experimentiert wird und konkrete Maßnahmen und Meilenstein in Richtung kompletter Ausstieg beinhaltet.

In der medizinischen Forschung müssen Tierversuche dort, wo es bereits Alternativen gibt, verpflichtend durch diese ersetzt und das 3R-Konzept (Replace, Reduce, Refine) konsequent angewendet werden. Zu einer weitsichtigen europäischen Ausstiegsstrategie aus den Tierversuchen gehört auch eine verstärkte Förderung und Zusammenarbeit für eine ambitionierte Erforschung von Alternativen.

Gemeinsam Wildtiere schützen

Die Zahl der Wildtiere in Europa und über unsere Grenzen hinaus schwindet. Viele Arten sind bedroht, da ihre Lebensräume schrumpfen und zugleich durch Chemikalien und Mikroplastik verschmutzt werden. Wir wollen Wildtiere schützen, indem wir ihre Habitate und Zuggebiete besser schützen. Tiere kennen keine Grenzen, deshalb müssen wir bei der Erhaltung und Wiederherstellung ihrer natürlichen Habitate auch grenzüberschreitend denken. Wir werden mehr Mittel für europäische Initiativen und Zusammenarbeit beim Monitoring und Schutz von bedrohten Tierarten, wie zum Beispiel grenzüberschreitende Wildtierkorridore, umsetzen. Wir setzen uns weiter gegen invasive und gebietsfremde Arten ein, die unsere Ökosysteme gefährden.

Die Rückkehr von Luchs und Wolf in die Landschaften der EU sorgte unter der von der Leyen-Kommission für viel Aufruhr und einige emotionale Ankündigungen, die jedoch nicht wissenschaftlich begründet sind. Die Wissenschaft zeigt im Gegenteil, wie wichtig Wölfe zum Erhalt eines natürlichen Gleichgewichts und zur Vorbeugung von Zoonosen sind. Wir verteidigen weiterhin den besonderen und berechtigten Schutzstatus dieser Arten. Um ein friedvolles Zusammenleben zu ermöglichen und Konflikte mit der Tierhaltung zu vermeiden, setzen wir uns für die Förderung von Programmen zum Management des Wolfes und anderen Raubtieren ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die EU sich auf globaler Ebene stärker für den Schutz der Wildtiere einsetzt. Hierzu gehört die Bekämpfung des illegalen Wildtierhandels und das Verbot des Importes von Jagdtrophäen in die Europäische Union. Wir werden die Einführung einer positiven EU-Liste für Haustiere umsetzen, um so den Handel mit Wildtieren effektiv einzudämmen. Wir werden ein Ende der Nutzung von Wildtieren in der Unterhaltungsbranche umsetzen (z.B. im Zirkus).

C. Ein demokratisches, inklusives Europa der Menschenrechte

1. Die Verteidigung der Grundrechte und des Rechtsstaates

Gute Regierungsführung und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien sind fundamental für die Bewahrung der Grundrechte und die Entwicklung der europäischen Gesellschaft. Es ist wichtig, die Zivilgesellschaft, sowie demokratische, politische Akteure zu schützen, insbesondere in Ländern mit autokratisch angehauchten Systemen.

In jüngerer Vergangenheit wurden Demokratie und Meinungsfreiheit in einigen europäischen Ländern von den eigenen Regierungen zunehmend untergraben. Als grüne Partei in der Europäischen Union sind wir zutiefst enttäuscht über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Ungarn in den letzten Jahren, die einen Rückschritt in Bezug auf demokratische Werte und Grundrechte darstellen. Zugleich betrachten wir mit Zuversicht die jüngsten

Entwicklungen in Polen, das zunächst einen ähnlichen Weg zu gehen schien, jedoch anhand der Stärke der Demokratie es geschafft hat, einen neuen und hoffnungsvollen Weg einzuschlagen. Die slowakische Regierung scheint ihrerseits dem ungarischen Beispiel zu folgen, was die autoritären Auswüchse betrifft.

Die EU als Hüterin der Demokratie

Wir fordern die europäischen Parteifamilien dazu auf, die verkündeten europäischen Werte und Menschenrechte stärker zu verteidigen und zu wahren, und diesen Einsatz auch ihren Mitgliederparteien in deren Ländern zu fordern. Es ist unerlässlich, dass die EU entschlossen vorgeht, wenn autoritäre Regierungen versuchen, den Rechtsstaat abzubauen. Die EU-Kommission, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof konnten in solchen Fällen bereits wichtige Erfolge erzielen, doch angesichts neuer Herausforderungen sind weitere Maßnahmen und permanente Instrumente erforderlich.

So werden wir die Einführung eines unabhängigen Gremiums aus Verfassungsexpert*innen umsetzen, welches alle Mitgliedsländer regelmäßig auf die Einhaltung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerte überprüft. Wenn nationale Regierungen Rechtsstaatsprinzipien fundamental verletzen, sollten die Fördermittel der EU nur noch direkt an Kommunen und andere Fördermittelempfänger ausgezahlt werden, bis alle demokratischen Grundwerte wieder eingehalten werden. Es darf nicht passieren, dass EU-Mittel, die dem Gemeinwohl, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit dienen sollen, in den Händen von Autokraten und ihren Verbündeten landen.

Insbesondere angesichts der Tatsache, dass viele Stimmen aktuell vor einem substantiellen Rechtsruck bei den Europawahlen warnen, wollen wir klar und deutlich sagen, wofür wir stehen. Für eine tolerante, offene und bunte Gesellschaft. Die großen Schritte in Richtung Liberalisierung gesellschaftlicher Normen, welche in den letzten Jahrzehnten von sozialen Bewegungen erkämpft wurden, zum Beispiel Gleichstellung der Geschlechter, Recht auf Abtreibung, Recht auf freie Ausübung von Sexualität usw., gehören für uns zum europäischen Modell und stehen folglich nicht zur Disposition. Ebenso klar sagen wir, dass es für uns keine Allianzen und kein Paktieren mit den beiden rechtsextremen Blöcken (Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer, sowie der Fraktion Identität und Demokratie) innerhalb des Parlamentes geben wird.

Das Recht auf friedlichen Aktivismus

Das friedliche Engagement für eine plurale Zivilgesellschaft und zivile Konfliktlösung muss in der EU aktiv gefördert werden. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und stärken unabhängige Medien, gewaltfreie pro-demokratische Bewegungen,

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Menschenrechts-Verteidiger*innen im analogen wie im digitalen Raum.

Wir wollen die bestehenden Fördermöglichkeiten ausbauen und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise Sonderberichterstatter*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell stabilisieren, langfristig aufstellen und zugänglicher machen. Damit sollen auch Räume für Austausch und Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, pro-demokratischen Bewegungen, unabhängigen Medien und einzelnen Aktivist*innen geschaffen und gestärkt werden.

Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen. Dabei ist eine intersektionale Genderperspektive wichtig, da Frauen und marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte und die Aktivist*innen der LGBTQIA+-Gemeinschaft oft einem höheren Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen und ihren Familien wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz bieten.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für Menschenrechts-Verteidiger*innen starkmachen. Dazu gehört etwa, Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Dies gilt auch für diejenigen, die das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verteidigen. Wir setzen uns im Rahmen der Unterstützung für Menschenrechtsverteidiger*innen ein, die Auslandsvertretungen der EU im Bereich der konfliktsensiblen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutzes verstärkt zu schulen.

Nach Vorbild des kanadischen Resettlement-Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von Menschenrechts-Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

Angriffe auf Menschenrechts-Verteidiger*innen finden immer häufiger im digitalen Raum statt. Um sie zu schützen, unterstützen wir sichere, verschlüsselte Kommunikationsmöglichkeiten und das Recht auf anonyme Nutzung des Internets und setzen uns gegen die weitere Fragmentierung des Internets und gegen Internetabschaltungen ein.

Eines besonderen Schutzes bedürfen auch investigative Journalist*innen und Whistleblower*innen. Sie bringen Verbrechen und gesellschaftliche Missstände ans Licht. Ihr

Schutz ist essenzieller Bestandteil der Pressefreiheit und der Rechtsstaatlichkeit, die es nach innen und außen dringend zu verteidigen gilt.

2. Eine inklusive europäische Gesellschaft

Der politische Rechtsruck in vielen europäischen Ländern bedroht die Fortschritte, die Europa hinsichtlich Offenheit, Toleranz, Gleichberechtigung und Inklusivität in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Wir stehen mehr denn je für ein soziales und offenes Europa mit Herz und Verstand, in dem niemand diskriminiert wird.

Wir setzen uns für gleiche Rechte für alle ein. Deshalb möchten wir, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union direkt anwendbar wird und Grundrechte eine direkte Kompetenz der Union werden. Somit könnten europäische Bürger*innen, deren Rechte auf nationaler Ebene verletzt werden, sich zum Beispiel an den Europäischen Gerichtshof wenden. Dies würde die Lücke schließen, die dadurch entstanden ist, dass viele Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in den EU-Mitgliedstaaten nicht umgesetzt wurden, wohingegen die Union ihren Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention noch immer nicht vollzogen hat, was jedoch im Vertrag von Lissabon vorgesehen ist. Eine Union der Gleichberechtigung braucht ein starkes Anti-Diskriminierungsgesetz, welches sich europaweit in allen Gesellschaftsbereichen appliziert.

Für eine Gesellschaft der Vielfalt

Menschenrechte gelten für alle Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und müssen unabhängig davon gelten, woher ein Mensch kommt, welcher Ton ihre oder seine Hautfarbe hat oder woran er oder sie glaubt. Ein Europa, das in seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jeder und jedes Einzelnen schützt, schafft demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen jegliche Art von Rassismus und Diskriminierung vorgehen.

In den letzten Jahren nehmen Islamophobie, Antisemitismus und Antiziganismus, LGBTQIA+phobie und andere Formen des Hasses zu. Rechtsextreme Parteien gewinnen an Einfluss mit ihren bewährten Taktiken, Halbwahrheiten zu verbreiten und Minderheiten zum Sündenbock zu machen. Diese konservative Gegenreaktion arbeitet strategisch daran, Rechte und Freiheiten zurückzudrängen. Selbst überzeugte Anhänger des europäischen Projekts, selbst

gemäßigte Konservative, öffnen die Tür für undemokratische Kräfte, die die Rechtsstaatlichkeit bedrohen. Dem setzen wir uns entschieden entgegen.

Ein feministisches Europa

Wir kämpfen für die Erweiterung der reproduktiven Freiheit. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, einschließlich des Rechts auf sicheren Schwangerschaftsabbruch, sind grundlegende Rechte, die aktuell in mehreren Mitgliedstaaten bedroht sind. Für uns gehören sie in die EU-Verträge sowie in die Charta der Grundrechte. Ein sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch muss in allen EU-Mitgliedstaaten verfügbar sein. Wir treten gegen die verheerende Rückentwicklung der reproduktiven Rechte weltweit an. Niemand sollte kriminalisiert werden, weil er Schwangerschaftsabbruchsdienste in Anspruch nimmt oder sucht. Wir befürworten zudem die Bereitstellung kostenloser hochwertiger Verhütungsmittel für alle.

Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben ohne Gewalt und ohne jegliche Form von strukturellem oder privatem Machtmissbrauch. Die Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt online und offline muss verstärkt durch die europäische Gesetzgebung, sowie auf der internationalen Bühne und insbesondere in multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen, dem Europarat oder der OSZE und Kooperationsarbeit bekämpft werden. Zu den zu bekämpfenden Praktiken gehören leider 2024 noch immer die Zwangsheirat und die Genitalverstümmelung. Wir wollen die Rechte von Opfern bezüglich spezialisierter Unterstützung und Zugang zur Justiz und Schutz europaweit stärken. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen die Istanbul-Konvention ratifizieren.

Wir sind alle unterschiedlich, und das Verständnis ihrer Vielfalt ist entscheidend für den Kampf gegen Ungleichheit und Diskriminierung. Ein feministisches Europa muss Richtlinien gewährleisten, die finanzielle Unabhängigkeit von patriarchalen Strukturen sicherstellen, insbesondere durch die Abschaffung von Lohnungleichheiten und Steuersystemen, die Frauen benachteiligen. Wir werden einen universellen Zugang zur Kinderbetreuung, sowie die Überarbeitung der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und der Mutterschaftsrichtlinie umsetzen, um Fortschritte hin zu vollständig bezahltem Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub gleicher Länge zu erzielen.

Gleichberechtigung für LGBTQIA+

Wir kämpfen für eine Welt, in der wir lieben können, wen wir lieben und frei über unseren eigenen Körper entscheiden können. Leider häufen sich nach Jahren des Fortschritts auch in Europa wieder Angriffe auf die Rechte und Würde von queeren Menschen. Wir sagen Nein zu Hass und Ja zu Liebe und Selbstbestimmung.

Regenbogenfamilien und ihre Rechte müssen in der gesamten Europäischen Union geschützt werden, einschließlich der vollen Anerkennung der Elternschaftsrechte gleichgeschlechtlicher

Paare. Wir wollen als Europäische Union hart gegen verwerfliche politische Entwicklungen in Mitgliedstaaten wie Italien vorgehen, wo die Elternschaft gleichgeschlechtlicher Eltern wieder rückgängig gemacht wurde.

Eine neue LGBTQIA+-Gleichstellungsstrategie sollte sicherstellen, dass transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen auch durch den EU-Rechtsrahmen geschützt werden. Wir vertreten die rechtliche Geschlechtsanerkennung auf der Grundlage der Selbstbestimmung und den Zugang zu transspezifischer Gesundheitsversorgung. Die Europäische Union muss sich für ein EU-weites Verbot der sogenannten „Konversionstherapie“ und der Zwangsverheiratung einsetzen. Dasselbe gilt für die Zwangssterilisation von Transgender-Menschen und die Genitalverstümmelung bei intergeschlechtlichen Neugeborenen.

Ein barrierefreies Europa

Jeder sechste Mensch in Europa lebt mit einer mehr oder minder schweren Behinderung, wobei die Tendenz aufgrund einer alternden europäischen Bevölkerung steigt. Mittlerweile haben alle Mitgliedstaaten sowie die Europäische Union selbst die UN-Behindertenrechtskonvention (CRPD) unterschrieben und ratifiziert, trotzdem gibt es noch immer zu viele Barrieren und gängige Verletzungen der Rechte von Menschen mit einer Behinderung. Die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben muss ein zentraler Aspekt zukünftiger europäischer Strategien zu den Rechten von Menschen mit einer Behinderung sein. Wir verteidigen das aktive und passive Wahlrecht für Menschen mit Behinderungen bei den Europawahlen.

Zusätzlich werden wir die Schaffung einer neuen Europäischen Agentur für Barrierefreiheit sowie die Einführung eines EU-weiten Behindertenausweises umsetzen, um die gegenseitige Anerkennung des Behindertenstatus in den Mitgliedstaaten sicherzustellen. Die EU Disability Card muss mehr als nur einen Ausweis für Tourismus und Transport sein, sie sollte Menschen mit einer Behinderung auch ermöglichen, in einem Mitgliedstaat ihrer Wahl zu studieren, zu arbeiten oder ein neues Leben zu beginnen. In diesem Sinne muss die EU Disability Card beim Umziehen in einen anderen Mitgliedstaat eine temporäre Anerkennung des Behindertenstatus beinhalten, inklusive des Rechtes auf Hilfeleistungen.

Darüber hinaus streben wir eine Beschäftigungs- und Qualifikationsgarantie für Menschen mit Behinderungen an, um ihre Teilnahme am offenen Arbeitsmarkt zu fördern, sowie die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Hilfstechnologien. Der nächste EU-Haushalt muss ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen in vollem Umfang unterstützen: geschlossene Institutionen für Menschen mit einer Behinderung dürfen keine EU-Gelder empfangen, stattdessen sollen Dienste zur Ermöglichung eines unabhängigen Lebens und Gemeinschaftswohnen unterstützt werden.

Damit die Rechte von Menschen mit einer Behinderung prioritär und transversal behandelt werden, setzen wir uns für die Schaffung einer neuen Abteilung innerhalb der Europäischen Kommission, für Gleichstellung und Grundrechte. Zudem plädieren wir für einen Behindertenausschuss im Europäischen Parlament und eine ähnliche Struktur im Rat.

3. Europa zusammenbringen mit Bildung und Kultur

In einer Welt, die sich rasant verändert und mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sieht, ist es wichtiger denn je, dass Europa als starke, vereinte und zukunftsorientierte Gemeinschaft agiert. Dies erfordert ein robustes Fundament in Bildung, Kultur und Medien, um eine lebendige, demokratische und nachhaltige Gesellschaft zu fördern. Diese Elemente sind nicht nur wesentliche Bausteine für ein dynamisches und inklusives Europa, sondern auch entscheidend, um junge Menschen in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einzubinden und die europäische Identität in all ihrer Vielfalt zu stärken.

Bildung als Fundament eines vereinten Europas

In einem vereinten Europa, das eine vielfältige, offene Zivilgesellschaft, eine vitale Wirtschaft und eine funktionierende Demokratie fördert, ist Bildung von zentraler Bedeutung. Eine starke und engagierte Bildungspolitik, die junge Menschen unterstützt und für Europa begeistert, ist das Fundament dieses Ansatzes. Hier unterstreichen wir die Wichtigkeit von Programmen wie „Aim, Learn, Master, Achieve“ (ALMA) oder Erasmus+. Das beliebte Erasmus+ Programm sollte weiter erweitert und gestärkt werden, um allen Menschen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, die Möglichkeit zu geben, sich im Ausland weiterzubilden und zu leben. Die weitere Förderung des ALMA Programms entscheidend, um die EU-Bürger*innen für die Herausforderungen und Chancen des 21. Jahrhunderts (technologischer Wandel, neue Herausforderungen) zu rüsten und die Weiterentwicklung der EU zu stärken. Wir werden ein europäisches Freiwilligenjahr zum Anfang der Berufstätigkeit und nach Abschluss dieser ermöglichen. Dies, um den Austausch innerhalb Europas zu fördern und Menschen zu ermöglichen, etwas der Gesellschaft zurückzugeben.

Der Zugang zu lebenslanger Bildung für alle Bürger*innen, sei es durch Ausbildung, Studium, Fortbildung oder Umschulung, ist essenziell. Der Bologna-Prozess soll weiterentwickelt und regelmäßig evaluiert werden, um Studierenden den Wechsel zwischen europäischen Universitäten zu erleichtern, die studentische Mobilität zu fördern und die bestehenden Programme auf Auszubildende auszuweiten.

Grenzenlose Bewegungsfreiheit mit DiscoverEU

Das DiscoverEU-Programm, eine bemerkenswerte Initiative der Europäischen Union, die jungen Menschen die Möglichkeit bietet, kostenlos mit dem Zug durch Europa zu reisen, ist ein Paradebeispiel für die Förderung der europäischen Vielfalt und Integration. Mit der Bereitstellung kostenloser Zugtickets können Jugendliche die kulturelle Vielfalt Europas entdecken, neue Freundschaften knüpfen und einzigartige Erfahrungen sammeln. Das Programm trägt nicht nur zur Bildung eines europäischen Bewusstseins und Zusammenhalts bei, sondern bietet jungen Menschen eine Plattform, um ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu entwickeln, indem sie auf eigene Faust reisen und neue Orte erkunden. Daher ist es von großer Bedeutung, das DiscoverEU-Programm weiter auszubauen und mehr jungen Menschen diese einmalige Gelegenheit zu bieten, damit sie die Reisefreiheit in der EU voll auskosten und eine tiefere Verbindung zu ihrem europäischen Erbe aufbauen können.

Kultur als Grundlage unserer Demokratien

Die Kultur vereint uns in Europa aufgrund der Traditionen und ihren Ausdrucksformen, die sich kontinuierlich wandeln. Kultur ist aber auch ein grundlegender Ausdruck unserer Demokratien, sie ist oft avantgardistisch, Streitbar, kritisch und weitsichtig. Die Freiheit der Künstler*innen, häufig von autoritären Regimen angegriffen, muss vor antidemokratischen Bewegungen geschützt werden. Die Kultur muss einen schützenden Rechtsrahmen und eine starke öffentliche Unterstützung erhalten. Wir engagieren uns, das Programm „Creative Europe“ aufzustocken und den Zugang dazu zu erleichtern. In diesem Rahmen werden Programme zur Förderung der Nachhaltigkeit des künstlerischen Schaffens in den Vordergrund gerückt.

Wir werden uns für eine angemessene und faire Bezahlung für alle Künstler*innen in ganz Europa einsetzen. Für selbstständige Künstler*innen, die in mehreren Ländern tätig sind, wollen wir die Arbeit in Bezug auf administrative und finanzielle Belastungen erleichtern, sowohl was die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen als auch von Steuern betrifft.

Unser bauliches Erbgut ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur. Durch das Kulturerbe geben wir unsere Geschichte greifbar an zukünftige Generationen weiter. Das Programm des neuen europäischen Bauhauses ist ein wichtiges Programm, das unterstützt und weiterentwickelt werden muss. Wir werden auch europäische Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, das Weltkulturerbe zu erhalten und zu restaurieren, das im Zuge der weltweiten Konflikte zerstört wurde oder der Gefahr der Zerstörung ausgesetzt ist.

Um möglichst vielen Menschen in Europa die Teilhabe am kulturellen Angebot zu ermöglichen, wollen wir die kulturelle Teilhabe von sozial benachteiligten Menschen fördern, die geförderten Programme diversifizieren und die Gleichstellung der Geschlechter bei der Projektfinanzierung sicherstellen. Wir werden uns ebenfalls für einen europäischen Kulturpass einsetzen, der es allen jungen Europäer*innen ermöglicht, kostenlos von einem europäischen Kulturangebot zu profitieren und so ohne finanzielle Hürden die Kultur aller europäischen Länder zu entdecken.

Freie und unabhängige Medien als Pfeiler der europäischen Gesellschaft

Freie und unabhängige Medien sind ebenfalls ein wesentlicher Pfeiler der europäischen Gesellschaft. Der Schutz journalistischer Quellen und die Verhinderung von Medienkonzentration sind entscheidend für die redaktionelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Medien. Investigativer Journalismus benötigt spezielle Schutzmaßnahmen, und die Anwendung des EU-Rechts sollte genau überwacht werden, um Missbrauch zu verhindern.

Insgesamt ist es wichtig, dass Bildung, Kultur und Medien im Zentrum der europäischen Politik stehen, um eine vielfältige und demokratische Gesellschaft in Europa zu fördern, die für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet ist. Eine Gesellschaft, die gut informiert, kulturell vielfältig und demokratisch fundiert ist, kann die Herausforderungen der Zukunft effektiv bewältigen.

4. Institutionelle Reformen für ein besseres Europa

Um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen - von Klimakrise und Artensterben über wachsende soziale Ungleichheiten bis hin zu Infragestellungen des Rechtsstaats innerhalb Europas - muss die Europäische Union zugleich wachsen, mehr Kompetenzen erhalten und effizienter in ihren Entscheidungsprozessen werden.

Auf der 2022 abgeschlossenen Konferenz über die Zukunft Europas haben Tausende beteiligte europäische Bürger*innen klar zum Ausdruck gebracht, dass sie eine Überarbeitung der Verträge unterstützen. Sie forderten eine Vertiefung der europäischen Demokratie mit mehr Befugnissen für das Europäische Parlament, ein Ende der nationalen Vetorechte, einen größeren EU-Haushalt und stärkere EU-Kompetenzen in Schlüsselbereichen wie der Gesundheit, der Steuerpolitik und dem Sozialschutz. Wir unterstützen diese Vorschläge und setzen uns für ihre Umsetzung ein.

Offen für eine Erweiterung der Union

Unsere Union bleibt ein Versprechen für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand. Viele Menschen in der europäischen Nachbarschaft sehnen sich danach, die EU-Bürgerschaft und die dazugehörigen Rechte und Freiheiten zu erlangen. Da die Europäische Union auf gemeinsamen Werten und Regeln aufgebaut ist, trägt sie dazu bei, dass nationale Grenzen und Rivalitäten an Bedeutung verlieren. Die Erweiterung der EU ist daher die beste Aussicht auf dauerhaften Frieden und Sicherheit in Europa.

Die Europäische Union muss in dieser Hinsicht ihre Versprechen gegenüber den Kandidatenländern einhalten: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Moldawien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Georgien und die Ukraine. Wir unterstützen zudem die Bemühungen des Kosovo, Kandidat für die EU-Mitgliedschaft zu werden. Alle Länder, die sich um einen Beitritt oder eine Wiederaufnahme in die Europäische Union bemühen und unsere Werte teilen, müssen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft willkommen geheißen werden und bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien jede erforderliche Unterstützung erhalten. Die Europäische Union muss im Beitrittsprozess enger mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um das Gefühl der Abwehrhaltung gegenüber einer EU-Erweiterung zu minimieren. Die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten müssen eine breit angelegte Kampagne durchführen, um die Europäer*innen über die Vorteile einer Erweiterung der Europäischen Union aufzuklären, und zwar nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus sozialer und menschlicher Sicht, damit die Bevölkerung der EU-Mitgliedstaaten eine Erweiterung in naher Zukunft akzeptieren können.

Die europäische Öffentlichkeit soll transparenter über den Fortschritt der laufenden Beitrittsprozesse informiert werden. Wir unterstützen den sorgfältigen und gründlichen Beitrittsprozess, der von der EU bereits eingesetzt wurde. Wenn die Mitgliedschaftskriterien erfüllt sind, darf ein Beitritt nicht aus unberechtigten Gründen blockiert werden. Wir werden darauf hinarbeiten, die Einstimmigkeit im Rat zu überwinden, die derzeit den Beitritt neuer Mitglieder*innen erschwert. Die Aufnahme neuer Mitglieder*innen muss zudem ein entscheidender Anstoß für interne Reformen sein, die es der Union erleichtern, Entscheidungen effizient und effektiv zu treffen.

Ausweitung der Demokratie im Herzen Europas

Wir stehen für ein föderales Europa, für eine supranationale Demokratie, die in der Lage ist, Ergebnisse zu erzielen. Das Erfordernis der Einstimmigkeit zwischen den Mitgliedstaaten in Fragen von der Steuer- und Außenpolitik bis hin zu den Verfahren zum Schutz der Demokratie und zur Antidiskriminierung hindert die Europäische Union aktuell daran, wichtige Entscheidungen für das Gemeinwohl zu treffen und muss deswegen überdacht werden.

Als einzige direkt gewählte EU-Institution sollte das Europäische Parlament endlich ein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge und ein vollwertiges Mitspracherecht in Budgetfragen erhalten. Der Rat der Europäischen Union sollte als zweite Kammer für die EU-Gesetzgebung fungieren und nicht als Ort für zwischenstaatliche Abkommen hinter geschlossenen Türen.

Der derzeitige EU-Haushalt ist unzureichend, um die Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unsere Union steht. Der EU-Haushalt sollte deswegen erheblich aufgestockt werden, unter anderem durch mehr eigene Mittel wie die Einnahmen der Plastiksteuer, wobei die Rolle des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft bei der Überwachung der EU-Ausgaben gestärkt werden sollte. Die Kompetenzen der Europäischen Union sollten erweitert werden, um sicherzustellen, dass sie ihre Aufgaben auch erfüllen kann.

Damit diese dringend benötigten Reformen umgesetzt werden können, ist ein demokratisches Mandat der Bürger*innen unerlässlich. Aus diesem Grund sollte ein EU-weiter, umfassender Prozess zu möglichen Vertragsänderungen stattfinden. Die Vertragsänderungen sollten dann durch ein europaweites Referendum nach einem System der doppelten Mehrheit ratifiziert werden: eine qualifizierte Mehrheit der Staaten und eine Mehrheit der europäischen Bürger*innen.

Mit Bürgerbeteiligung Europa zum Leben erwecken

Politische Beteiligung stärkt die Europäische Union. EU-Wahlen müssen zugänglicher werden, auch für Menschen mit Behinderungen. Um die demokratische Beteiligung zu vereinfachen, setzen wir uns dafür ein, dass ab 2029 für die EU-Wahl online gewählt werden kann. Neben den nationalen Listen sollten transnationale Listen für das Europäische Parlament eingeführt werden, um einen zusätzlichen EU-weiten Wahlkreis zu schaffen und das europäische Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Zudem sind wir der Meinung, dass die EU sich für eine Senkung des Wahlalters einsetzen muss. Wir setzen uns für ein EU-weites Wahlrecht ab 16 bei den Europawahlen ein.

Demokratie ist mehr als nur Wahlen, die europäische Zivilgesellschaft muss mehr in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Um die EU-Politik integrativer und lebendiger zu gestalten, möchten wir permanente Bürger*innenräte einsetzen, die in regelmäßigen Abständen Feedback zur aktuellen EU-Politik und Impulse für zukünftige Projekte geben. Programme wie die Konferenz zur Zukunft Europas sind interessante Ansätze, die öfter gefördert werden müssen. Damit Bürgerbeteiligung ihren Zweck aber erfüllen kann, muss es eine Verpflichtung seitens der Entscheidungsträger*innen geben, den Vorschläge der Zivilbevölkerung Rechnung zu tragen. Darüber hinaus ist es entscheidend, besonders die jüngeren Generationen stärker in die Gestaltung der EU einzubeziehen. Strukturierte Dialoge zu europäischen Entscheidungen mit Jugendorganisationen sollten regelmäßig auf nationaler und europäischer Ebene stattfinden.

Petitionen sind jetzt schon ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung, jedoch wird ihnen noch zu selten Gehör geschenkt. Der gesetzliche Rahmen für europäische Petitionen und insbesondere die Europäische Bürgerinitiative muss deswegen gestärkt werden. Bei erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiativen, das heißt, diejenigen, die über eine Million Unterschriften aus mindestens sieben Mitgliedstaaten gesammelt haben, sollte die Europäische Kommission dazu verpflichtet sein, auch tatsächlich Gesetzesvorschläge vorzulegen. Zudem sollte ein Rahmen für EU-weite Referenden eingeführt werden.

Mehr Transparenz im europäischen Entscheidungsprozess

Transparenz im europäischen Entscheidungsprozess ist wichtig, um das Vertrauen der Europäer*innen in die Europäische Union zu stärken und die demokratische Rechenschaftspflicht der nationalen Regierungen zu erfüllen. Bei vielen Abstimmungen des Europäischen Parlaments

kann man bereits genau überprüfen, wie die einzelnen Abgeordneten abgestimmt haben. Europäische Bürger*innen haben jedoch auch ein Recht darauf zu wissen, was ihre nationalen Regierungen auf dem europäischen Level entscheiden.

Es ist aktuell schwierig zu verstehen, wie Entscheidungen im Rat getroffen werden und fast unmöglich herauszufinden, wie die einzelnen Mitgliedstaaten sich jeweils positionieren. Dies muss sich dringend ändern. Wir setzen uns für mehr Transparenz vonseiten des Rates ein. Bei allen Entscheidungen der Mitgliedstaaten, inklusive der verschiedenen Verwaltungs- und Expert*innen-Ausschüsse, die zum Beispiel über Zulassungen von chemischen Stoffen entscheiden, sollen die Positionen der verschiedenen Mitgliedstaaten veröffentlicht werden.

Null-Toleranz für Korruption!

Das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie beruht auf politischer Integrität. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind für die demokratische Kontrolle und das öffentliche Vertrauen deswegen unerlässlich. Korruption und Missbrauch des EU-Haushalts bedrohen das gesamte europäische Projekt und müssen resolut bekämpft werden.

Der Qatargate-Skandal innerhalb des Europäischen Parlaments hat gezeigt, dass die EU-Institutionen nicht in der Lage sind, Korruption und massives Fehlverhalten zu verhindern. Menschen mit kriminellen Tendenzen wird es vielleicht immer geben, aber wir müssen sie mit klaren Regeln zur Transparenz und zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie strengen Sanktionen bei Fehlverhalten abschrecken.

Die EU-Institutionen brauchen eine unabhängige Ethikbehörde, die über die notwendigen Befugnisse und Ressourcen verfügt, unethisches Verhalten und Amtsmissbrauch zu untersuchen und zu sanktionieren. Wir brauchen eine umfassende Gesetzgebung zu Lobbying-Aktivitäten auf EU-Ebene, einschließlich eines verpflichtenden EU-Transparenzregisters. Wir unterstützen die für den Schutz der finanziellen Interessen der EU zuständigen Stellen, OLAF und die Europäische Staatsanwaltschaft, und werden mehr Mittel für die Korruptionsbekämpfung umsetzen.

D. Eine Union, des Friedens, der Sicherheit und der globalen Gerechtigkeit

Wir unterstützen das Bestreben der Europäischen Union, eine führende Rolle in der globalen Politik einzunehmen, indem sie sich für Frieden, Stabilität, Menschenrechte, Demokratie und eine

gerechtere und nachhaltigere Welt einsetzt. Wir stehen für eine Union, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer Stimme spricht. Nur geeint können wir uns wirksam gegen Unfreiheit und Krieg behaupten, unsere Interessen und Werte verteidigen, Einflussnahme von außen abwehren, Zukunft und Frieden gestalten – und das Leben der Menschen spürbar verbessern. Dieses Europa bietet ein dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

1. Ein fairer und nachhaltiger internationaler Handel

Handel des Handels willen ist nicht unsere Philosophie. Der Grundsatz “Menschen und Umwelt vor Profit” gilt für uns auch international. Die grüne und gerechte Transition muss über die Grenzen der EU hinausgehen. Wir leben in einer zunehmend globalisierten Welt und sind deshalb aufeinander angewiesen. In diesem Sinne sollten unsere internationalen Handelsbeziehungen fair und nachhaltig sein, um sicherzustellen, dass wir sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas einen positiven Impact haben.

Unser internationales Handelssystem hat derzeit nicht nur negative Auswirkungen aufs Klima, sondern auch auf die Menschenrechte in der Welt. Wir glauben an ein globales Handelssystem, das auf Gerechtigkeit basiert, die Globalisierung zum Besseren hin gestaltet und Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt und deren Ausbeutung verhindert.

Gegen Freihandelsabkommen, die nicht im Einklang mit unseren Umwelt- und Menschenrechtsstandards stehen, wirtschaftlich kaum einen Mehrwert haben und kleine und mittlere Betriebe in der EU gefährden (z.B. Mercosur), werden wir uns weiterhin wehren.

Unternehmen, die auf dem europäischen Markt aktiv sind, müssen das Arbeitsrecht, Menschenrechte und Umweltstandards in ihrer gesamten Lieferkette respektieren, egal wo produziert wird. Wir haben im letzten Mandat hart für die Verabschiedung der EU-Lieferkettenrichtlinie gekämpft und werden uns weiterhin für die rasche Verabschiedung und lückenlose Umsetzung dieser Richtlinie einsetzen.

Ein umweltbewusster internationaler Handel

Damit der internationale Handel umweltfreundlicher wird, ist es wichtig, dass die EU Handelsabkommen nur mit Ländern abschließt, die das Pariser Abkommen und andere internationale Abkommen zu Klima- und Biodiversitätsschutz umsetzen.

Nachhaltige Partnerschaften und der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus der EU (CBAM) können einen fairen Wettbewerb schaffen, indem sie Dekarbonisierung und Umweltschutz zu einer gemeinsamen Anstrengung machen. Damit CBAM wirksam und fair ist, muss dieses System durch höhere EU-Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen in Ländern mit geringem Einkommen ergänzt werden. Wir werden darauf drängen, bilaterale Handels- und Investitionsabkommen mit verbindlichen und sanktionsfähigen Nachhaltigkeitsklauseln zu verbessern. Nachhaltigkeitsziele müssen horizontal in allen Kapiteln von Handelsabkommen verankert werden, von Rohstoffen und Landwirtschaft bis hin zur Beschaffung.

Wir haben im letzten Mandat endlich erfolgreich europäische Rechtsvorschriften zur Sorgfaltspflicht, zur Abholzung von Wäldern und zu Lieferketten ohne Zwangsarbeit eingeführt, die hohe Standards für Importe in die EU setzen. Wir werden sicherstellen, dass diese ambitionösen Vorschriften tatsächlich umgesetzt werden.

Wir setzen uns zudem für eine Neuordnung des globalen Systems der geistigen Eigentumsrechte ein, um sicherzustellen, dass der "Globale Süden" Zugang zu Schlüsseltechnologien hat, unter anderem im Bereich der Gesundheit und der Dekarbonisierung.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar

Folgenabschätzungen für künftige Handelsabkommen sollen den Respekt der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellen. Das Vorsorgeprinzip muss dabei in vollem Umfang beachtet und die vollständige Einhaltung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation als Voraussetzung für jegliche Abkommen verankert werden. Eine größere parlamentarische Einbeziehung und vollständige Transparenz während der Verhandlungen zu Handelsabkommen sollen die demokratische Legitimität und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften gewährleisten.

Wir drängen auf Strategien zur Integration der Grundsätze des fairen Handels in die wichtigsten EU-Politiken in den Bereichen Produktion, Konsum und Handel, zur Förderung existenzsichernder Einkommen und Löhne, zur Einbeziehung von Kleinbauern, Handwerkern und Arbeitern in die Entscheidungsfindung und zur Unterstützung von Maßnahmen zur Reduzierung des Pestizid-Einsatzes in Drittländern. Wir werden umsetzen, dass Unternehmen nachhaltige Einkaufspraktiken anwenden und missionsorientierte Geschäftsmodelle fördern, um sicherzustellen, dass in den Lieferketten keine Ausbeutung stattfindet.

Internationales Gemeinwohl über private Interessen

Handelsregeln sollten weder den Klimaschutz behindern noch unsere Fähigkeit einschränken, soziale und umweltpolitische Maßnahmen zu ergreifen. Im Gegenteil, der Handel muss Teil

unserer Bemühungen sein, die Emissionen zu begrenzen, auf Netto-Null-Technologien umzusteigen und die Umweltzerstörung zu beenden. Der Handel mit nachhaltigen Gütern und Dienstleistungen sollte erleichtert werden, damit sie für jede Person zu jeder Zeit erschwinglich sind.

In diesem Kontext kämpfen wir dafür, Investitionen in fossile Brennstoffe zu beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige Investitionen zu schaffen. Den europäischen Ausstieg aus dem Klima zerstörenden Energiecharta-Vertrag begrüßen wir. Alle künftigen Investitionsabkommen müssen das Recht auf Regulierung voll respektieren. Wir befürworten die Abschaffung der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen und deren Ersatz durch ein multilaterales Rechtssystem.

2. Eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik

Migration und Asylpolitik haben sich in den letzten Jahren als zentrale Themen in der europäischen Politik etabliert. Die Geschichte Europas ist geprägt von inner- und außereuropäischen Migrationsbewegungen, die maßgeblich zur vielfältigen Kultur und zum Reichtum des Kontinents beigetragen haben. Die Arbeitnehmer*innen-Freizügigkeit und der Abbau der Grenzen sind wesentliche Bestandteile der europäischen Integration. In diesem Kontext stehen wir für die Wahrung der Menschenrechte von Asylsuchenden und für offene Grenzen, die ein europäisches Heimatgefühl, insbesondere bei jungen Menschen, fördern.

Eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik ist unerlässlich. Wir setzen uns für den Schutz von Menschen ein, die vor Krieg, Hunger, Verfolgung und Gewalt fliehen. Europa ist die einzige, gemeinsame Lösung in Sachen Migrationsfragen. Europa sollte legale Fluchtwege und Einwanderungsmöglichkeiten bieten und für eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden sorgen, indem es Fluchtursachen statt Geflüchtete bekämpft und das Sterben im Mittelmeer beendet. Auch Klimageflüchtete – Menschen, die durch unerträgliche Klimabedingungen aus ihrer Heimat flüchten – müssen ein Anrecht auf Asyl haben.

Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels muss Europa auch Menschen ohne hohe Abschlüsse eine Einwanderung ermöglichen. Ein europäisches Einwanderungsrecht, basierend auf dem UN-Migrationspakt, sollte gemeinsame Regeln für eine sichere und legale Einwanderung von Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien festlegen.

Kontrollen an Außengrenzen ja, Festung Europa nein

Wenn wir verhindern wollen, dass Menschen sich auf gefährliche und lebensbedrohliche Fluchtwege begeben, müssen legale Fluchtwege durch Programme wie das Resettlement-Programm des UNHCR geschaffen werden. Trotzdem sind eine effektive Kontrolle der EU-Außengrenzen und die humane Registrierung der ankommenden Menschen für die Gewährleistung einer humanen Asylpolitik notwendig. Für ein besser koordiniertes Vorgehen zum Schutz der Menschenrechte sehen wir die Umstrukturierung der EU-Asylbehörde als erforderlich an. Was wir nämlich nicht akzeptieren können und werden, sind Einschnitte in die Grundrechte der Menschen, die sich auf der Flucht befinden und Schutz suchen. Von der EU finanzierte Auffanglager an den europäischen Grenzen sind keine Lösung. Menschen monatelang in haftähnlichen Bedingungen an der Grenze festhalten, entspricht nicht unserer Vorstellung einer humanen Asylpolitik.

Wir stellen mit Bedauern fest, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sich nicht auf eine gemeinsame Lösung für die Migration einigen können, die auf echter Solidarität und nicht auf finanzieller Entschädigung beruht. Wir unterstützen nachdrücklich die Fortsetzung der Diskussionen über europäische Aufnahmequoten. Wenn die EU-Staaten sich innerhalb der Union nicht auf eine gemeinsame, gerechte Verteilung der Geflüchteten einigen können, sind wir der Meinung, dass die gewillten Staaten vorangehen sollen. Um ihnen und anderen Körperschaften unter die Arme zu greifen, werden wir dafür sorgen, dass Fördergelder aus einem kommunalen Integrationsfonds auch an Kommunen und Regionen, die Geflüchtete aufnehmen, vergeben werden können, damit den Betroffenen eine würdevolle Migration ermöglicht werden kann.

Die EU muss die Fluchtursachen, anstatt flüchtende Menschen in Not, bekämpfen. Neben Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Armut und Hunger, sind auch die Konsequenzen der Klimakrise zunehmend Auslöser für Migration. Die Erderwärmung, verursacht durch die massiven Treibhausgasemissionen der Industrienationen, wird in den nächsten Jahren verheerende Auswirkungen auf den Globalen Süden und insbesondere in Entwicklungsländern haben.

Menschenwürdige Aufnahme, sowie Flüchtlingslager, in denen die Menschenrechte respektiert werden.

Wir sind der Ansicht, dass trotz der erheblichen Anstrengungen, die die Europäische Union unternommen hat, weitere Schritte unternommen werden müssen, um die Aufnahme, die Lebensbedingungen von Migrierenden und die Situation auf europäischer Ebene zu verbessern. Viele Migrierende fliehen vor Krieg, Hunger, Verfolgung oder Gewalt aus ihren Heimatländern. Je nach den Gründen für ihre Flucht leidet eine beträchtliche Anzahl von Migrierenden an posttraumatischem Stress, der durch traumatische Ereignisse ausgelöst wurde. Wir müssen die psychologische und soziale Betreuung von Migrierenden, die es wünschen, sowie jenen, die sich in den Flüchtlingslagern befinden, verstärken, indem wir zweckgebundene Zuschüsse für psychologische Dienste von NGOs bereitstellen. Darüber hinaus müssen die Bemühungen gegen

die Überbelegung und die Verschlechterung der Flüchtlingslager in bestimmten Regionen eine absolute Priorität für die EU bleiben. Die EU sollte ihre Bemühungen verstärken und sich stärker in der Zusammenarbeit mit NGOs und lokalen Regierungen engagieren, um die Lebensbedingungen von Geflüchteten zu verbessern, indem sie die Rechte und Pflichten von NGOs, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, bekräftigt und die Bedeutung von sozialpädagogischen Programmen fördert. Insbesondere, um Lebensbedingungen zu gewährleisten, die die Menschenwürde gemäß Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte respektieren, und um die erbärmlichen Lebensbedingungen von Migrierenden in diesen Lagern zu verbessern, sollte die EU eine unabhängige Kontrollstelle einrichten. Diese sollte jedoch nicht in die Inspektionsarbeit der bereits bestehenden NGOs eingreifen, sondern den Zweck verfolgen, Flüchtlingslager und Haftanstalten zu besuchen, um zu überprüfen, ob die Bedingungen dort den Menschenrechten entsprechen. Darüber hinaus sollte die Transparenz bezüglich der sanitären Bedingungen und Lebensbedingungen in den von der EU unterstützten Haftanstalten erhöht werden.

Das Potential von Migration positiv nutzen

Als Luxemburger*innen verstehen wir, dass Migrationen auch eine große Chance für Vielfalt und Wohlstand sind. Migrierende sollen hier die Chance bekommen, sich in aller Freiheit ein gutes Leben aufzubauen, ohne dass sie in einem bürokratischen Niemandsland zurückgelassen werden.

Ein neuer Migrationskodex sollte Visas für Familienzusammenführung und Arbeitsvisums für verschiedenen Qualifikationsniveaus vorsehen und es Migrierenden ermöglichen, ihren Status irgendwann zu ändern. Des Weiteren wissen wir im kleinen Luxemburg, dass der Zugang zu Bildung, Sprachförderung und Arbeitsmöglichkeiten entscheidend für die Integration von Neuankömmlingen ist.

Um die Ausbeutung von Arbeitsmigrierenden zu verhindern, muss der Zugang zur Justiz in allen EU-Ländern gewährleistet sein, und es sollte eine umfassende Kampagne zur Legalisierung von Langzeit- „Sans-Papiers“ in EU-Ländern durchgeführt werden. Denn die Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse, unter denen Migrierende häufig leiden, ist ebenfalls wichtig. Neben der konsequenten Anwendung von EU-Richtlinien ist die Einrichtung von Beschwerdestellen für Whistleblower*innen und Opfer von Ausbeutung notwendig.

3. Europa und seine Verantwortung in der Welt

Wir unterstützen das Bestreben der Europäischen Union, sich in unseren Nachbarländern und in der Welt für eine gerechtere, nachhaltigere, demokratischere und internationale Gemeinschaft einzusetzen.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat verdeutlicht: Frieden, Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen konstant verteidigt und gestärkt werden. Die internationalen Spannungen nehmen nicht nur in der Ukraine, sondern weltweit zu. China agiert zunehmend autoritär und stellt die regelbasierte internationale Ordnung infrage. Unser Verhältnis mit den Vereinigten Staaten ist bestenfalls volatil und besonders im Wirtschaftsbereich angespannt. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und Gesellschaften gleichberechtigte Mitsprache an internationalen Verhandlungstischen und verlangen Wiedergutmachung der durch den Westen mitverursachten Schäden an Wirtschaft und Umwelt. Jedoch kämpfen sie vielerorts gleichzeitig mit internen Konflikten und dem erneuten Aufstieg von autoritären Regimen. Der langfristige Frieden im Nahen Osten bleibt eine Kernfrage in unserer Außenpolitik.

Gestaltung einer feministischen und klimagerechten EU-Außenpolitik

Die Veränderungen im globalen Machtgefüge stellen die EU vor Herausforderungen. Neben den Auswirkungen der Pandemie, Inflation, Staatsschulden und der Klimakrise wird erneut deutlich: Um den Frieden in Europa zu schützen und Europa global sicherer zu machen, müssen wir unsere Kräfte vereinen. Nur gemeinsam können wir einen Unterschied auf der Weltbühne machen. Die Europäische Gemeinschaft, gefolgt von der Union, hat immer wieder bewiesen, dass sie international für Frieden, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit eintreten kann.

Die Union hat am eigenen Beispiel gezeigt, dass Frieden erlernt, stabilisiert und zum Wohle aller gestaltet werden kann. Das ist Hoffnung in schwierigen Zeiten: Eine selbstbewusste EU auf der Weltbühne, die mit einer Stimme spricht, kann sich gegen Unfreiheit und Krieg behaupten, unsere Interessen und Werte verteidigen, Einfluss von außen abwehren und das Leben der Menschen deutlich verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und wirtschaftliche Entwicklung und stellt damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum Einfluss von Ländern wie China und Russland dar.

Eine feministische Außenpolitik bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung für uns. Gesellschaften erweisen sich als deutlich friedlicher, wohlhabender und sicherer, wenn allen Menschen die Möglichkeit geboten wird, am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. So halten wir auch an der Forderung nach paritätischer Besetzung von internationalen Gremien, Verhandlungsdelegationen und einer stärkeren Repräsentanz von Frauen in der EU-Politik fest.

Die Europäische Union muss eine führende Rolle einnehmen und dies nicht nur in der Sicherheitspolitik und Friedenspolitik, sondern auch im Kampf gegen die Klimakrise und für globale Gerechtigkeit. Die Klimadiplomatie und die Förderung grüner Technologien sind entscheidend für eine nachhaltige Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU ihre geopolitische und wirtschaftliche Sicherheit durch erneuerbare Energien stärkt und somit als geschlossene Kraft

international auftreten kann, ohne ihre Werte und Prinzipien wegen wirtschaftlicher Abhängigkeiten zu ignorieren.

Die europäische Werte- und Friedensgemeinschaft, über die Grenzen der EU hinaus

Wir sehen heute den internationalen Frieden durch Konflikte in unter anderem dem Nahen Osten, dem Kaukasus, der Sahelzone und nun auch dem europäischen Kontinent gefährdet.

Vor allem die russische Invasion in der Ukraine markiert für Europa einen historischen Wendepunkt, der das Völkerrecht und die internationale Sicherheit untergräbt. Diese unterstreicht die Notwendigkeit einer ungeteilten Solidarität mit der Ukraine und der Unterstützung ihres Kampfes für Freiheit und den Beitritt zur Europäischen Union, wenn die Kriterien für den Beitritt erfüllt sind.

Denn wir stehen für eine friedliche Zukunft, in Wohlstand und Demokratie, in Europa und außerhalb. Eine klare Nachbarschaftspolitik betont die Bedeutung einer starken Europäischen Union, die als globale Kraft für Frieden, Stabilität, Menschenrechte und Umweltschutz agiert.

In der heutigen Zeit steht Europa also vor zahlreichen Herausforderungen. Die Europäische Union muss sich verstärkt für die Stärkung der Menschenrechte und Mindeststandards in ihrer Nachbarschaft einsetzen. Partnerschaften mit Ländern wie Armenien, Georgien oder Moldau und der Ukraine sind ein wesentlicher Bestandteil dieser Bemühung, die Modernisierung und Demokratisierung in diesen Nachbarländern zu unterstützen. Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist ein wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region.

Trotz des völkerrechtswidrigen Angriffs von Russland dürfen etwaige demokratische Aufschwünge aus der Zivilgesellschaft in Ländern wie Russland nicht außer Acht gelassen werden und verdienen unsere Unterstützung. Aktivist*innen, die unter Einsatz ihres Wohlergehens für Demokratie, Transparenz und Frieden kämpfen, sollen in der EU Schutz finden können.

Genau so soll die EU auch weiterhin demokratische und pro-europäische Kräfte in Ländern wie der Türkei unterstützen. Wir wünschen uns, dass die Türkei die Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit baldmöglichst vollziehen kann, damit man wieder ernsthaft über einen Beitritt verhandeln kann. Stand heute hat die Türkei kaum noch Chancen auf einen Beitritt zur Europäischen Union. Dennoch verdienen pro-europäische Bewegungen dort einen offenen und ehrlichen Dialog und unsere Unterstützung.

Im israelisch-palästinensischen Konflikt setzen wir uns weiterhin für eine friedliche Zwei-Staaten-Lösung ein, um die Sicherheit Israels und die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staates zu gewährleisten. Wir stehen an der Seite der palästinensischen und israelischen Opfer des

Konfliktes und unterstützen die Aufarbeitung möglicher Kriegsverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof und andere unabhängige Gremien.

4. Sicherheitspolitik: Gemeinsam gegen Kriminalität und Terror

Die jüngsten Ereignisse, insbesondere der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine, haben die Sicherheitslage in Europa deutlich verschlechtert und markieren einen Wendepunkt in der jüngsten Geschichte.

Dieses tragische und bis in die Gegenwart wirkende Ereignis steht im Gegensatz zu allem, für was wir eintreten. Im Zentrum unserer Politik steht nämlich die Sicherheit des Menschen, die die Verteidigung freiheitlich-demokratischer Grundprinzipien, des Völkerrechts und der Menschenrechte einschließt.

Die EU als starke, unabhängige Stimme in der Welt

Wir setzen uns für eine stärkere Eigenständigkeit der EU im Sicherheits- und Verteidigungsbereich ein, um künftige Krisen besser und unabhängiger bewältigen zu können. Dies beinhaltet die Forderung nach der Entwicklung schneller europäischer Eingreiftruppen und einer stärkeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Sachen Beschaffung und Nutzung von militärischer Ausrüstung. Zugleich besteht die Notwendigkeit für die Europäische Union, mehr in Forschung und Entwicklung im Bereich der Verteidigung zu investieren. Denn diese ist von strategischer Bedeutung, um eine größere Autonomie und Unabhängigkeit von Nicht-EU-Ländern zu erreichen.

Trotz erheblicher Ausgaben im Verteidigungssektor bleiben die militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten weit hinter denen einiger Nicht-EU-Staaten zurück. Diese Diskrepanz unterstreicht die Dringlichkeit, Innovation und technologische Entwicklung zu priorisieren. Denn diese verstärkte Zusammenarbeit, so wie Fokussierung auf Forschung und Entwicklung im Verteidigungssektor, ist ein wesentlicher Schritt, um Europas Unabhängigkeit und seinen Einfluss auf der Weltbühne zu sichern.

Auch die Reglementierung der künstlichen Intelligenz im Bereich der Verteidigung nach internationalen Normen und ethischen Richtlinien muss vorangetrieben werden. Für uns steht außer Frage, dass Maschinen keine Entscheidungen über Leben und Tod treffen dürfen.

In unserem Verständnis von Verteidigungspolitik muss der Einsatz militärischer Gewalt dennoch als letztes Mittel betrachtet werden. Die EU sollte ihre diplomatische Rolle als Vermittlerin in Konflikten stärken und als Bündnis für Frieden durch Kooperation weltweit agieren. Dadurch schützt und stärkt Europa auch die Sicherheit und Freiheit seiner Bürger*innen.

Eine vorausschauende, ganzheitliche Sicherheitspolitik, die auf Prävention und die zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten setzt, ist unserer Meinung nach wesentlich. Diese trägt zur Fluchtursachen-Bekämpfung bei, indem sie gefestigte lokale Strukturen und funktionierende staatliche Institutionen fördert und somit die Menschenrechte schützt.

Mehr Zusammenarbeit für innereuropäische Sicherheit

Ganzheitliche Sicherheit umfasst nicht nur Bereiche, die sich direkt auf das alltägliche Leben in einer Gesellschaft auswirken können. So ist es beispielsweise extrem wichtig, dass die EU sich auf die Erhöhung der Cybersicherheit und den Kampf gegen gezielte Desinformationskampagnen sowie Troll-Angriffe fokussiert. Beides sind Bereiche, auf die es immer öfter informatische Angriffe gibt. Die EU muss sich also besser gegenüber der steigenden Anzahl an Angriffen auf kritische Infrastrukturen, so wie steigende Versuche, auf faktenbasierte Berichterstattung in Europa Einfluss zu nehmen, aufstellen. Hierfür werden wir das Aufstocken der zuständigen Behörden sowie die Stärkung der entsprechenden Infrastrukturen umsetzen.

Transparenz und die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Steuerhinterziehung sind weitere Anliegen. Wir werden uns auf europäischer Ebene für eine ambitionierte, harmonisierte Regelung über den Zugang zu den nationalen Verzeichnissen der wirtschaftlichen Eigentümer einsetzen. Zudem befürworten wir eine Erweiterung der Kompetenzen und Ressourcen der europäischen Staatsanwaltschaft.

Auch die EU ist nicht frei von organisierter Kriminalität. Sie schadet unseren Demokratien, stört das friedliche Zusammenleben und gefährdet Menschenleben. Da die organisierte Kriminalität länderübergreifend ist, kann sie nur durch verstärkte europäische Zusammenarbeit bekämpft werden. Wir unterstützen Maßnahmen, die den Austausch und den Informationsfluss zwischen den europäischen Polizei- und Nachrichtendiensten verbessern und ein europaweites Austauschprogramm für Polizeibeamte schaffen. Dennoch mahnen wir vor automatischer Datenerfassung, da sie unserer Meinung nach das Recht auf Privatsphäre aller Bürger*innen, also auch derer, die sich nichts vorzuwerfen haben, gefährdet.

Gleichermaßen unterstützen wir länderübergreifende Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus, solange auch dieser im Respekt der Grundrechte aller Menschen erfolgt.

An Grundrechten festhalten

Den polizeilichen Behörden drücken wir europaweit unseren Respekt vor ihrem Dienst im Namen des Schutzes der europäischen Bürger*innen aus. Es ist wichtig, dass die einzelnen EU-Mitgliedstaaten ihren Behörden effektive, verhältnismäßige, transparente und demokratisch

legitimierte Mittel zur Verrichtung ihrer Arbeit zur Verfügung stellen. Dies gilt sowohl im digitalen als auch im analogen Raum. Dabei müssen die Freiheitsrechte der Bürger*innen permanent geschützt werden, denn in der Europäischen Union steht niemand über dem Gesetz, auch nicht die Polizei und andere Sicherheitsbehörden.

Um die Rechte von Minderheiten zu schützen, die unverhältnismäßig stark von Polizeigewalt und Profiling bedroht sind, sollte die EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung aktualisiert werden, um Polizeigewalt und institutionelle Gewalt ausdrücklich zu erfassen, falls diese vorkommen sollten.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung des Demonstrationsrechts in einigen EU-Ländern werden wir weiterhin das Recht auf Versammlung und friedliche Demonstration im Einklang mit internationalem und europäischem Recht verteidigen.